

Einmal wöch. Bezugspreis: für Februar 3.— M einschl.  
Postgebühr. Anzeigenpreise: Die 1gsp. Seiten 80 J.  
Stellengebühr 20 J. Die Beitragskosten 80 Milli-  
meter breit, 1 M. Offertengebühr für Selbstschüler  
20 J. bei Überleitung durch die Post außerhalb  
Portogeschäft. Einzel-Art. 10 J. Sonntags-Art. 15 J.  
Geschäftlicher Teil: Josef Höhmann, Dresden.

# Sächsische Volkszeitung

Geschäftsstelle, Druck und Verlag: Saxonie-  
Verlagsgesellschaft GmbH., Dresden-M. 10, Holzmarktstraße 45.  
Telefon: 32122. Postleitzahl Dresden 14107  
Bankkonte: Dresdner Bank, Dresden.

Für christliche Politik und Kultur

Redaktion der Sächsischen Volkszeitung  
Dresden-M. 10, Holzmarktstraße 45, Telefon 32122  
und 32208.

## Die Richtlinien für das Reichsondergericht zur Fürstenabfindung

Von Oberstaatsanwalt Schulte, Breslau.

Am Schlusse meines letzten Aufsatzes hatte ich zum Ausdruck gebracht, daß der Kernpunkt für die gesetzliche Regelung der Auseinandersetzungfrage die Richtlinien seien, die dem Reichsondergericht für seine Verhandlungen und Entscheidungen mitgegeben würden. Diese Richtlinien geben dem Reichsondergericht selbst einen von den ordentlichen Gerichten völlig verschiedenen Charakter. In vielen Versprechungen, die der neue mit dem Antrag Schulte (Breslau) und Genossen vorgelegte Gesetzentwurf in der Presse gefunden hat, sind diese Richtlinien leider nicht oder doch nicht in ausreichendem Maße in den Vordergrund der Erörterungen gestellt worden. Manche dieser Versprechungen lassen aber auch erkennen, daß die Richtlinien nicht ausreichend in ihrer Wirksamkeit durchgedacht und mit dem übrigen Inhalt des Gesetzentwurfs in den erforderlichen Zusammenhang gebracht worden sind. So ist weder neben anderem auch die abfällige Beurteilung nicht recht verständlich sein, die die im § 1 des Entwurfs vorgeschlagene Zusammensetzung des Reichsondergerichts erfaßt.

Ich sehe mit Bedauern und Besrembung aus verschiedenen Auffägeln in der Presse, daß der deutsche Richter als ungeeignet erachtet wird, bei der Entscheidung der Auseinandersetzungssprozeß mitzuwirken. So lese ich in dem Aufsatz eines bekannten und allgemein hochgeschätzten Parlamentariers:

"An dieses Kollegium ginge die Entscheidung über ... ein deutsches Richter also! So groß mein Vertrauen zur Objektivität des Herrn Reichspräsidenten Simons ist, so wenig kann das deutsche Volk die Entscheidung in die Hände von Justizien aus höheren Gerichtshöfen legen, die sich im formalen Recht des 15. und 18. Jahrhunderts glänzend auskennen, aber von der volkstümlichen Rechtsausprägung des 20. Jahrhunderts himmelweit entfernt sind."

Nachdem dieser Verfasser eine Anzahl von Urteilen, z. B. die Aufhebung des Abfindungsvertrages in Schwarzburg-Rudolstadt, obwohl er von einem monarchistischen Landtag des alten Staates einstimmig beschlossen wäre, die Zuerkennung des Eigentums der Herrschaft Glatow-Kronanke an einen Hohenzoller, der im Ausland lebe, — die Entscheidung, daß das Thronlehen Dels, wenn kein Thronfolger mehr vorhanden sei, an den ehemaligen König falle, — angeführt und gerügt hat, führt er fort:

"Diese deutschen Richter bringen wie nicht das Vertrauen entgegen, daß die Rechte des Volkes gegenüber den unterdrückten Forderungen der Fürsten zur Geltung bringen."

In einem anderen Blatte lese ich, und zwar aus der Feder eines angesehenen juristischen Mitgliedes des Rechtsausschusses des Reichstages folgende mich ebenfalls befreundeten Sätze:

"Wer steht den Regierungsparteien dafür, daß die Richter des Sondergerichts, auf deren Auswahl sie keinen unmittelbaren Einfluß haben, von dem den Fürsten günstigen Vorurteil sein werden, daß in einer Fülle von Echtheitnissen der ordentlichen Gerichte zugelassen ist, von jenen Echtheitnissen also, die die Antragsteller gerade von der Notwendigkeit eines geschiedenen Eingriffes des Reiches überzeugt haben? Die Auswahl der Person bedeutet hier viel, wenn nicht alles, und es könnte sich später rächen, wollte man diese Tatsachen nicht beachten."

Die Verfasser dieser hier angezogenen und allerähnlichen Auslassungen legen den Richtern, die bisher in Auseinandersetzungsfällen Recht gesprochen haben, es durchaus ungünstigerweise zur Last, wenn die Urteile im wesentlichen zugunsten der fürstlichen Häuser ausfallen sind. Die Schul daran trifft nicht die deutschen Gerichte und die deutschen Richter, sondern die Kreise und Kräfte, die die Revolution gemacht haben und den Gesetzgeber, der zu den Auseinandersetzungsfällen weder bei der Verabschiedung der Reichsverfassung noch in den daraus folgenden Jahren Stellung genommen hat.

Die Vorkämpfer der entschädigungslosen Enteignung der Fürstenhäuser können nicht energisch genug darauf hingewiesen werden, daß der November 1918 der geeignete Zeitpunkt gewesen wäre, den radikalrevolutionären Weg einer solchen Maßnahme zu gehen und allen denjenigen, die den deutschen Richtern wegen ihrer Sprüche heute den Vorwurf der Parteilichkeit glauben machen zu dürfen, sei vor Augen geführt, daß es ihre Aufgabe gewesen wäre, den Gerichten durch eine rechtsgefechtliche Regelung der Materie andere und der Sachlage mehr gerecht werdende Unterlagen zu bieten. Jahrelang hatten sie dazu Zeit und Gelegenheit. Lediglich infolge ihrer Unterlassungsfähigkeit waren die deutschen Gerichte gezwungen, auf der Grundlage des allgemeinen Reichs-, Landes- und Gewohnheitsrechts ihre Urteile zu fällen: Sie mußten sich an die sonst gültigen Regeln über die Verteilung der Beweislast und an das formale Recht halten, mukten z. B. auch Rechtstitel an-

## „Das Land verträgt keine Inflation mehr“

Der Appell des französischen Finanzministers an den Senat

Paris, 25. Februar.

Nachdem die Generalsitzung über die Finanzfrage im Senat geschlossen war, vertrat der sozialistische Senator Roboult die Ansicht, der Senat habe nicht das Recht, von der Kammer abgelehnte Finanzvorschläge aufs neue zu prüfen. Er beantragte, der Senat möge den Artikel 1 und mit ihm den ganzen Entwurf an den Ausschuß zurückverweisen.

Durch diesen Antrag wurde der Finanzminister Doumer veranlaßt, zur Frage Stellung zu nehmen, inwiefern der Senat in finanzieller Hinsicht das Initiativrecht beitragen sollte, der Senat habe die volle Freiheit, über finanzielle Vorschläge zu entscheiden, die von der Kammer abgelehnt, von der Regierung aber eingereicht seien. — Sie können aber, meine Herren Senatoren, so ließ Doumer aus, mit voller Sicherheit die Vorschläge der Regierung und des Finanzausschusses des Senats annehmen. Ihnen liegt die Verantwortung ob, die Finanzlage zu verbessern. Das Land verträgt keine Inflation mehr. Der Frankenhüter hat die Rückwirkungen gewisser Entscheidungen der Kammer tragen müssen. Eine Reaktion zeigte sich aber, als die Hoffnung wieder einklang, daß der Senat die Sache wieder in Ordnung bringen und die Kammer selbst sich den Vorschlägen des Senats anschließen werde. Deshalb ist der Antrag Roboult auf Rückverweisung abgelehnt.

Nachdem der Vorsitzende des Finanzausschusses des Senats, Cheron, sich diesen Ausführungen des Finanzministers angeschlossen hatte, wurde der Antrag Roboult auf Zurückverweisung mit 280 gegen 20 Stimmen abgelehnt. Die Abstimmung wird heute fortgesetzt.

Im Finanzausschuß der Kammer hat gestern dessen Vorsitzender, Abg. Malvy, über seine Schritte Bericht erstattet, die er unternommen hatte, um unter Wahrung der Rechte und Vorrechte der Kammer zu einer Verständigung mit dem Senat zu gelangen. Malvy wußt darauf hin, daß er zweimal eine gemeinsame Zusammenkunft der Finanzausschüsse der Kammer und des Senats verlangt habe, wobei er der Regierung die Sicherstellung gegeben habe, daß der Finanzausschuß der Kammer weiter das Einnahmebudget prüfen werde. Seine Hauptansprache ist, zum Ausgleich des Budgets die notwendigen Steuern anzunehmen unter Berücksichtigung der Tatsache, daß der Abfall des Andels unbedeutend auf 4,22 Milliarden beschränkt werde. Dieser Vorschlag, daß die Finanzausschüsse der Kammer und des Senats zusammenarbeiten sollten, sei nicht angenommen worden.

Was die Verabschiedung des Einnahmebudgets anbetrifft, so halte die Regierung ihren Standpunkt aufrecht, vom Senat die Annahme von Steuern in Höhe von 5½ Milliarden zu verlangen. Nach längstem Meinungsaustausch wurde einstimmig eine Tagesordnung angenommen, in der die vom Vorsitzenden und dem Berichterstatter des Finanzausschusses der Kammer bei der Regierung unternommenen Schritte gebilligt werden und der Finanzausschuß der Kammer sich mit seinem Vorsitzenden und seinem Generalberichterstatter solidarisch erklärt. Außerdem beschloß der Finanzausschuß auf Vorschlag des Sozialisten Elam, die endgültige Verabschiedung der Finanzregelung durch den Senat abzuwarten, bevor er über den Ausgleich des Budgets einen Beschuß falle.

Erkennen, die zur Zeit der absoluten Monarchie kraft der Souveränität der Fürstenhäuser begründet war. Man unterlasse also die Vorwürfe, die in überaus bedauerlicher Weise sogar auf den ganzen deutschen Richterstand ausgedehnt werden. Man werde den deutschen Richtern gerecht und suche die Schuld dort, wo sie nach meinen obigen Ausführungen wirklich zu suchen ist. Der deutsche Richter wird nicht versuchen, fachgemäß und im höheren Sinne gerechte Urteile zu fällen, wenn er diese auf ein fachliches und den gegebenen Verhältnissen Rechnung tragendes Gesetzeswerk in der Auseinandersetzungfrage tragen kann. In den §§ 4 und 5 des neuen Gesetzentwurfs soll dem deutschen Richter diese gesetzgeberische Grundlage geboten werden, und er wird uns, darauf dürfen wir vertrauen, in der gewissenhaften Anwendung des neu geschaffenen Rechtes auf die Einzelfälle der Auseinandersetzung nicht enttäuschen.

Der § 4 des neuen Gesetzentwurfs stellt den Grundsatz auf, daß die Auseinandersetzung von dem Reichsondergericht nach Willigkeit vorausbehalten ist. Er trägt damit den einzigartigen und nicht wiederkehrenden Verhältnissen Rechnung, die bei der Regelung der Auseinandersetzungfrage Berücksichtigung finden müssen, die aber bei der Anwendung des formalen geltenden Rechts nicht Anwendung finden können, vielmehr praktisch zu schweren Ungerechtigkeiten führen würden.

Man darf nicht vergessen, daß durch die November-Ereignisse des Jahres 1918 nicht nur die staatsrechtliche Stellung der früheren Fürstenhäuser von Grund aus verändert ist, sondern daß auch infolge und mit dieser staatsrechtlichen Änderung die eigenartige Sonderstellung, die diese Häuser in vermögensrechtlicher Beziehung gehabt haben, ein Ende finden muß. Neben unzweifelhaftem Privateigentum haben die Fürstenhäuser und deren Mitglieder in weitem Umfang Besitz und Nutzung an staatlichem Eigentum gehabt. Dabei ist noch zu berücksichtigen, daß niemals völlig klargestellt worden ist, wie Privateigentum und Staats Eigentum gegeneinander abzugrenzen wären. Die gesetzliche Entwicklung ist in den verschiedenen Ländern und bei den verschiedenen Fürstenhäusern vielfach durchaus andere Wege gegangen. Meistens ist das Eigentum des regierenden Hauses mit dem des Staates in der Vergangenheit zu einer völligen Einheit verschmolzen gewesen, was in Zeiten, in denen das regierende Haus mit dem Staate identifiziert wurde, durchaus verständlich war. Selbst dort, wo Auseinandersetzungen zwischen dem Eigentum der fürstlichen Familie und dem des Staates oder Landes verliefen, ist eine klare Trennung nicht zu erzielen gewesen. Wie schwer leidlichbar, unübersichtlich und unklar die vermögensrechtlichen Verhältnisse z. B. des Hauses Hohenzollern in der Abgrenzung zum Eigentum des preußischen Staates sind, mag daraus entnommen werden, daß das Rechtsgericht, das für die preußische Denkschrift vom Juni 1921 ausgearbeitet wurde, allein über 100 Drucksachen füllt, ohne auf Vollständigkeit und Sicherheit in seinen Feststellungen Anspruch machen zu können.

Nachdem die fürstlichen Familien mit dem Verlust der Krone nicht nur ihre staatsrechtliche Stellung verloren haben, sondern damit auch in eine ganz andere

Freitag, 26. Februar 1926

Um feste höherer Gewalt erlischt jede Verpflichtung auf Lieferung sowie Erfüllung v. Anzeigenaufträgen u. Leistung v. Schadenersatz. Mit und mit u. d. Fern- ruf übermittelt. Anzeigen übernehmen wir keine Verantwaltung. Unverlangt eingelangte u. m. Rückporto nicht versendete Manuskripte wird nicht aufbewahrt. Sprechstunde d. Redaktion 5 bis 6 Uhr nachmittags. Hauptschriftschrift: Dr. Joseph Albert, Dresden.

rechte in dem nach vorstehenden Sätzen erträglichen und möglichen Umfang sichergestellt und ihnen würdige Existenzbedingungen gewährleistet werden.

Über die Ausgestaltung der Richtlinien — über die hier zunächst einmal einiges Grundsätzliches gesagt worden ist — werden sich im Reichstag noch lebhafte Kämpfe im einzelnen abspielen.

## Annahme der Richtlinien im Rechtsausschuss

Berlin, 25. Februar.  
Der Rechtsausschuss des Reichstages legte gestern die Beratung des Kompromißgesetzes über die vermögensrechtlichen Auseinandersetzungen mit den ehemaligen Fürstenhäusern fort. Angenommen wurden zunächst die Paragraphen 4 und 5, die feststellen, daß das Reichsministerium zunächst die Eigentumsverhältnisse festzustellen hat und dann die Auseinandersetzung nach Billigkeit vorzunehmen hat unter Berücksichtigung der in den späteren Paragraphen enthaltenen Vorrichtungen.

Neben den Paragraphen 5, der die eigentlichen Richtlinien enthält, entspann sich eine längere Aussprache. Ein sozialdemokratisches Abänderungsantrag, nach dem das gesamte Eigentum der Fürstenhäuser auf die Ländere übertragen werden soll gegen Gewährung einer Rente wurde abgelehnt. Der Paragraph 5 wurde schließlich in folgender Fassung angenommen:

Bei der Zuteilung der Vermögensstücke ist zu berücksichtigen, ob die einzelnen Vermögensstücke von den Mitgliedern der Fürstenhäuser seinerzeit auf Grund eines Privatrechtes, oder insbesondere in den Zeiten der absoluten Monarchie, auf sonstige Weise erworben worden sind, namentlich auf Grund des Völker-, Staats- oder öffentlichen Rechtes, oder gegen Leistungen, die sie nur durch Souveränität bewirken konnten. Gegenstände, auf deren Besitz ein Land aus Gründen der Kultur oder Volksgesundheit Wert legen muß, Theater einschließlich Theaterfonds und zur ständigen öffentlichen Besichtigung freigegebene Schlösser mit Inventar, Museen, Sammlungen, Archive und Bibliotheken, Parkanlagen und dergleichen, erhält das Land auf seinen Antrag in der Regel zum Eigentum. — Ob und inwieweit für solche Gegenstände oder Einrichtungen eine Entschädigung zu gewähren ist, richtet sich nach freiem Ermessen.

Bei der Zuteilung von Ländere und Forstbesitz an die vormalig regierenden Häuser sind die Größe des Landes und seine staatlichen Notwendigkeiten (Siedlungsmöglichkeiten, Städteerweiterungen, Schaffung von Erholungsplätzen und dergleichen) ausschlaggebend in Betracht zu ziehen. Bei der Bezeichnung der den Fürstenhäusern zugeschriebenen Vermögensstücke, Kapitalien oder Renten ist die wirtschaftliche und finanzielle Lage beider Parteien zu berücksichtigen. Hierbei soll einerseits durch Ausweisung aus der Masse der vorhandenen Vermögenswerte den vormalig regierenden Häusern eine würdige Lebenshaltung gewährleistet werden, andererseits aber berücksichtigt werden, daß die allgemeine wirtschaftliche Lage des deutschen Volkes infolge des Krieges und der Nachkriegszeit gegenüber den früheren Verhältnissen sehr wesentlich herabgedrückt ist.

Sowohl an Vermögensstücken der vormaligen Fürstenhäuser als auch an Nutzungsrechten an Dritten verloren oder zugelassen worden sind, sind diese Rechte in geeigneter Weise sicherzustellen. Bei der Aufwertung von Ansprüchen hat das Aufwertungsgebot vom 15. Juli 1925 mit der Maßgabe Anwendung zu finden, daß für Ansprüche auf Kapitalabfindungen, die für die Überlassung von Gebäuden und Grundstücken an ein Land den früher regierenden Häusern zugestanden sind, die für die Aufwertung von hypothekarisch gesicherten Kaufgeldern maßgebenden geleglichen Bestimmungen auch dann Platz greifen, wenn die Ansprüche auf Kapitalabfindungen hypothekarisch nicht gesichert sind."

Ebenso wurde der § 6 angenommen, nach dem bei Gewährung von Entschädigung die empfangsberechtigte Partei verpflichtet ist, diese Verträge und ihre Errichtnisse bis zum Ablauf des Jahres 1950 nur für die privatwirtschaftlichen Bedürfnisse des vormalig regierenden Hauses oder zu wohltätigen oder kulturellen Zwecken zu verwenden.

## Die Finanzministerbesprechung

Die Notstandsmaßnahmen der Reichsbahn  
Die Senkung der Zinsen

Berlin, 25. Februar.  
Die Finanzminister und Vertreter der Länder kamen gestern im Reichsfinanzministerium zu einer Besprechung über das Finanz- und Wirtschaftsprogramm der Reichsregierung zusammen. Der Reichsfinanzminister Dr. Reinhold hob in einer einleitenden Rede die behandelten Hauptpunkte des Programms hervor. Der Preußische Finanzminister sicherte dem Reichsfinanzminister vertrauliche Mitarbeit der Länder bei seiner Amtsführung zu, eine Erklärung, die sich sämtliche Finanzminister anschlossen. In der eingehenden sachlichen Aussprache wurde von einigen Ländervertretern wegen des eingeschlagenen Weges im Einzelnen Bedenken geäußert, während über das nach dem Programm der Reichsregierung zu erreichende Ziel Einigkeit herrschte.

Berlin, 25. Februar. Die gestrige Sitzung des Technischen Ausschusses des Verwaltungsrats der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft beschäftigte sich mit den Notstandsmaßnahmen der Regierung zur Bekämpfung des Arbeitslosigkeit in Deutschland. Es haben beharrlich zwischen der Reichsregierung und der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft Verhandlungen über die Gewährung eines 100-Millionen-Kredits stattgefunden. Das von der Hauptverwaltung der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft dem Ausschuss des Verwaltungsrates vorgelegte Programm über dieVerteilung des 100-Millionen-Kredits land die Billigung des Ausschusses. Im Grunde genommen erstreckt sich das Programm nur auf eine teilweise Wiederaufnahme des im Herbst 1925 aufgestellten Beschaffungsprogramms, das infolge der ständig zurückliegenden Einnahmen der Reichsbahn-Gesellschaft stark gekürzt werden mußte. Insbesondere sollen Berücksichtigung finden: Beschaffungen für Überbau, Einbau von Zug- und Stoßvorrichtungen, Verstärkung der Brücken. Darin kommen kleinere bauliche Ergänzungen, die nicht länger aufgeschoben werden können. Darunter sind auch Wohnungen für Arbeiter und Betriebsbeamte. Eine Reihe Bahnholzbauten soll in ihrer Durchführung beschleunigt werden. Die Beschaffung von 2-Zugwagen, 4-Schlafwagen und Spezialgitterwagen ist in entsprechendem Umfang geplant. Die Lokomotivindustrie wird durch neue Aufträge an Speziallokomotiven in engerem Rahmen berücksichtigt werden. Dabei kommen momentan in Betracht kleine Typen für Nebenbahnen und Rangierzwecke und Speziallokomotiven, z. B. für Hafen- und Schmalspurbahnen. — Die Herausgabe der Aufträge soll so schnell wie möglich erfolgen.

Zwischen den Vertretern der Reichsregierung, der Reichsbahn und der Privatbahnen haben dieser Tage Besprechungen stattgefunden, die sich mit der Senkung der Zinsen,

# Die Delegierten

Bulwer und Stresemann gehen nach Genf

Berlin, 25. Februar.  
Die Reichsregierung erörterte in der heutigen Ratsversammlung die mit der bevorstehenden Generalsitzung des Völkerbundes zusammenhängenden Fragen, wobei sich völlige Einmütigkeit der Auffassungen ergab. Der Reichskanzler Dr. Luther und der Reichsausßenminister Dr. Stresemann werden sich als Vertreter des Reiches nach Genf begeben.

Zu dem Beschuß des Reichskabinetts finden sich in den Blättern noch einige ergänzende Mitteilungen. Die Abreise der deutschen Delegation wird danach am 6. März erfolgen. Denn am Sonntag, den 7. März, sollen vertrauliche Besprechungen zwischen den Delegierten der Hauptmächte stattfinden, die sich vor allem auf die Frage der Vermehrung der Ratsfälle und das Jeronimio beim Eintritt Deutschlands in den Völkerbund beziehen dürften. Auch der "Berliner Volksanzeiger" weist von einer derartigen Vorbesprechung in Genf zu berichten. Nach einer Blätter aus dem Blatte aus Genf zugegangenen Depesche soll in den Völkerbundokreisen damit gerechnet werden, daß eine Einigung auf folgender Grundlage zustandekommen werde: Später soll einen ständigen Ratifikation bereits im März erhalten, während Polen vorläufig einen nichtständigen Ratifikation bekommen werde.

Zu dem Beschuß des Reichskabinetts finden sich in den Blättern noch einige ergänzende Mitteilungen. Die Abreise der deutschen Delegation wird danach am 6. März erfolgen. Denn am Sonntag, den 7. März, sollen vertrauliche Besprechungen zwischen den Delegierten der Hauptmächte stattfinden, die sich vor allem auf die Frage der Vermehrung der Ratsfälle und das Jeronimio beim Eintritt Deutschlands in den Völkerbund beziehen dürften. Auch der "Berliner Volksanzeiger" weist von einer derartigen Vorbesprechung in Genf zu berichten. Nach einer Blätter aus dem Blatte aus Genf zugegangenen Depesche soll in den Völkerbundokreisen damit gerechnet werden, daß eine Einigung auf folgender Grundlage zustandekommen werde: Später soll einen ständigen Ratifikation bereits im März erhalten, während Polen vorläufig einen nichtständigen Ratifikation bekommen werde.

Im "Berliner Tageblatt" wird noch einmal die Einigkeit der östlichen Meinung in Deutschland unterstrichen, daß Deutschland aus seinem Eintritt in den Völkerbund verzichten müsse, wenn vor dem Eintritt oder gleichzeitig damit irgendeine Änderung in der Zusammensetzung des Rates vorgenommen werde. Wie der deutsche Reichskanzler und der Reichsausßenminister in Locarno aufmerksam an einem Werke, das den Frieden sichern sollte, mitgearbeitet hätten, so würden sie, wenn man dieses Werk durchaus vernichten wolle, gemeinsam die notwendigen Erklärungen abzugeben haben.

## Die Debatte im englischen Oberhaus

London, 25. Februar. Im Oberhause brachte Lord Parrot (Arbeiterpartei) folgende Entschließung ein: "Es ist anfänglich des Antrages Deutschlands auf Zulassung zum Völkerbund und zu einem ständigen Ratifikation in Übereinstimmung mit dem Locarnovertrage nicht wünschenswert, die Frage der allgemeinen Umbildung des Völkerbundes aufzuheben oder die Zahl der Ratsfälle weiter zu vermehren." — Parmoor erklärte, daß die allgemeine wirtschaftliche Lage des deutschen Volkes infolge des Krieges und der Nachkriegszeit gegenüber den früheren Verhältnissen sehr wesentlich herabgedrückt ist.

Insbesondere der Bankzinsen und der Bankprovisionen beschäftigt. Zwischen sind ja die Debettzinsen bereits auf 1 Prozent über Reichsbankzins herabgesetzt worden. Wegen der weiteren Senkung der Zinsen und insbesondere der Heraufsetzung der Sätze und Provisionen ist eine Regelung getroffen, die in Aussicht stellt, daß den regierungsteilig geschworenen Wünschen bald entsprochen wird. Ist das der Fall, dann wird auch der Lombardzins auf 1 Prozent über Reichsbankdiskont herabgesetzt.

Der Ausschuss für Finanzen und Wirtschaftswissenschaften berichtet gestern, daß die folgenden der Generalsitzung so weittragend sein können, daß die Verantwortung für diese Politik vom ganzen Kabinett getragen werden müsse. Chamberlain soll es allerdings vorziehen, ohne irgendwelche Bindungen durch Kabinetsbeschlüsse nach Genf zu gehen. Er glaubt so eher in der Lage zu sein, durch neue Verhandlungsvorschläge die Schwierigkeiten beseitigen zu können. Andere Mitglieder des Kabinetts stehen dagegen auf dem Standpunkt, daß die Folgen der Generalsitzung so weittragend sein können, daß die Verantwortung für diese Politik vom ganzen Kabinett getragen werden müsse. Chamberlain vertrete die Auffassung, daß die Vermehrung der Ratsfälle nur die moralische Autorität der Ratsentscheidung verstöbern solle. Die neuen Mitglieder dürften keine "interessierten Parteien" sein. Dies sei vor allem wichtig in dem Augenblick, wenn der Völkerbundrat über die Auslegung und Anwendung des Locarno-Vertrages zu entscheiden habe. Der Hauptgrund für die Erweiterung des Rates sei die Tatsache, daß von elf Mitgliedern des Rates sechs Unterzeichner des Locarnovertrages sein würden.

Chamberlain, daß in Völkerbundokreisen seit einiger Zeit die Notwendigkeit der Umbildung des Rates erörtert wurde, erklärte Parmoor, daß diese Frage jüngst, da er selbst im Rate war, nicht in Erwähnung getreten sei. Jedenfalls sei die Gelegenheit nicht gegeben, eine Frage dieser Art aufzuwerfen.

In Erwähnung auf die Entscheidung Lord Parmoors führte Lord Cecil aus: Ich kann nicht anerkennen, daß die Zulassung Deutschlands eine Veranlassung zum Wunsche einer Erweiterung des Rates gegeben hätte. Ich bin überzeugt, daß Lord Parmoor sagte, daß diese Frage jüngst nicht bestanden habe. Die Frage ist verlegt worden in der Empfindung, daß der Eintritt Deutschlands der geeignete Zeitpunkt sei, um sich mit dieser Frage zu beschäftigen. Er hofft, daß man der Regierung freie Hand lassen werde und daß das Haus diese Entscheidung, die die Regierung bindet, nicht annehmen werde. Die Wahl dieses oder jenes Staates zu Ratsmitgliedern mit dem Zwecke, gegen Deutschland ein Gegengewicht zu schaffen, würde ein Unglück bedeuten. Darüber herrsche in England keine Meinungsverschiedenheit. Keine Handlung der Regierung sei von Missbrauch gegenüber Deutschland oder irgendinem anderen Staat diktiert.

Nach der Rede Lord Cecils zog Lord Parmoor seine Resolution dadurch zurück, daß er das Haus verließ.

London, 25. Februar. Wie der diplomatische Korrespondent des "Daily Telegraph" berichtet, wird die endgültige Entscheidung des britischen Kabinetts über die Haltung Chamberlains in Genf erst am Tage vor der Abreise des Außenministers erfolgen. Chamberlain soll es allerdings vorziehen, ohne irgendwelche Bindungen durch Kabinetsbeschlüsse nach Genf zu gehen. Er glaubt so eher in der Lage zu sein, durch neue Verhandlungsvorschläge die Schwierigkeiten beseitigen zu können. Andere Mitglieder des Kabinetts stehen dagegen auf dem Standpunkt, daß die Folgen der Generalsitzung so weittragend sein können, daß die Verantwortung für diese Politik vom ganzen Kabinett getragen werden müsse. Chamberlain vertrete die Auffassung, daß die Vermehrung der Ratsfälle nur die moralische Autorität der Ratsentscheidung verstöbern solle. Die neuen Mitglieder dürften keine "interessierten Parteien" sein. Dies sei vor allem wichtig in dem Augenblick, wenn der Völkerbundrat über die Auslegung und Anwendung des Locarno-Vertrages zu entscheiden habe. Der Hauptgrund für die Erweiterung des Rates sei die Tatsache, daß von elf Mitgliedern des Rates sechs Unterzeichner des Locarnovertrages sein würden.

Verhaftung einer Verbrecherbande in Italien. "Tribuna" meldet aus Palermo, daß in der Provinz eine Verbrecherbande von 184 Mann gefangen gelegt worden sei. Etwa 45 Verbrecher konnten entnommen. Die Bande hat mehr als 30 Morde auf dem Gewissen.

Der Staatsgerichtshof zum Schutz der Republik verurteilte gestern den Heilanhauer Friedrich Creuzburg aus Crimmitschau nach § 6 und 7 des Sprengstoffgesetzes sowie nach § 7 des Republikfluchtgesetzes zu 2 Jahren Knast und 200 M. Geldstrafe. Creuzburg hatte im Frühjahr 1924 mit anderen Genossen Handgranaten hergestellt und sie in einem Anschlag nach Ulmbach bei Greiz gelassen, wo der Deutsche Tag am 18. Mai 1924 gefeiert werden sollte. Mehrere seiner Genossen sind schon früher abgeurteilt worden. Von der gegen Creuzburg erkannten Strafe sind die Geldstrafe und 3 Monate Knast aufgehoben.

Das Zechengebäude der Strohle. In das sog. "Schwiedrichhäusel" im Schwiedrichauer Stadtteil wurde vergangene Nacht ein Einbruch verübt. Den Einbrechern ging es sehr gut. Sie müssen mit einer Bleiharmonika Musik gemacht haben. Dann machten sie sich über ein Fäß Bier, brachen einige Schnapsflaschen an den Hals und sprachen Delikatessen leichtig zu. Es muß eine unerhörte Wölkerei gewesen sein, denn die verletzten Menschen waren groß. Groß war aber auch das Ubel, das ihr folgte, denn man fand Spuren, die darauf hindeuteten, daß die Wölfe im Hinterkopf der Opfer gelegen waren. Um keine anderen Spuren zu hinterlassen, hatten die Gauner die Füße mit Hoden umwickelt. Auch Gewehre, Jacken und Kleider des Hegers wurden gestohlen.

Sonnensterns und Rundfunk. Die Beobachtung der diesjährigen Sonnensterns in bezug auf ihre Wirkung auf den Rundfunk waren ergebnisreicher, als bei den früheren Sonnensternen. In Deutschland waren Einwirkungen der Sonnensterns auf den Rundfunk nicht zu beachten, hingegen konnte man in Amerika schon in der Nacht vom 13. zum 14. Januar sehr erhebliche Störungen des Rundfunks feststellen. In der Zeit von 10 Uhr nachts bis 4 Uhr früh war in Amerika fast eine vollständige Lähmung im Rundfunk zu bemerken. Es waren nicht nur die entfernten Stationen nicht zu hören, sondern auch die nahegelegenen Stationen waren undeutlich und verschwommen. Weckwürdigsterweise wurde beobachtet, daß noch dem Ende der Sonnensterns die Kraft der Radiowellen eine erhebliche Verstärkung erlebt. Späterhin war die Stärke der Wellen wieder auf das gewöhnliche Maß zurückgeführt worden. Es geht aus diesen Erfahrungen hervor, daß Veränderungen im elektrischen Feld der Luft, wie eine Sonnensterns sie bringt, die Radiosender im großen Umfang beeinflussen.

## Berliner Börse

Berlin, 25. Februar. Der heutige vorbörsliche Freiverkehr eröffnete den heutigen Börsentag in durchaus lustloser Haltung. Befordert zu bemerken ist die geringe Umsatzfähigkeit gegenüber den Vorlagen. Nur am Anleihemarkt herrscht einiges Geschäft. Im allgemeinen konnten die Kurse ihren gestrigen Stand beibehalten. Die Zurückhaltung ist wohl insbesondere durch den bevorstehenden Ultimo begründet. Im internationalen Devisenmarkt sind nennenswerte Veränderungen nicht eingetreten. Die Lage am Geldmarkt ist unverändert. Tägliches Geld wird mit 4% bis 6% Prozent genannt.

## Dresdner Schlachtviehmarkt

Dresden, den 25. Februar. Auftreib: 7 Kühe, 8 Kalben und Kühe, 648 Küller, 13 Schafe, 355 Schweine, Überstand: 1 Kühe. Geschäftsgang: Küller und Schweine mittel. Rinder und Schweine Geschäft beläuft, daher ist eine amtliche Preisfeststellung nicht erfolgt. Preise: Küller 1. — — 2. 68—71 (112), 3. 62—66 (107), 4. 52—60 (102). Schweine 1. 77—78 (90), 2. 79—80 (90), 3. 73—75 (90), 4. 70—72 (90), 5. 60—70 (87). Ausnahmepreise über Rott.

## Wetterbericht der Dresden Wetterwarte

Witterungsaussichten. Aufhören der Niederschläge, örtlich Auflerzung, doch voraussichtlich noch neblig. Temperatur vorübergehend etwas abnehmend, im Hochland aber noch immer einige Wärmeabgabe. Schwache Aufwärmung. Allgemeiner Witterungscharakter der nächsten Tage: Im Hochland, von leichten Nachfröschen abgesehen, Temperaturen über dem Gefrierpunkt, im oberen Erzgebirge leichter Frost und Schneedecke.





# Aus der katholischen Welt

## Monsignore Cieplak gestorben

Aus Amerika kommt die Nachricht, daß Mgr. Cieplak auf einer Reise in den Vereinigten Staaten plötzlich gestorben ist. — Die Ereignisse, die Mgr. Cieplak bekannt machten, liegen noch zu lange Zeit zurück, um sie hier aufzuzählen. Er wurde als Weihbischof von Mohilev vor ein Sovjet-Tribunal gesetzt und zu mehrjähriger Gefängnisstrafe verurteilt, weil er sich geweigert hatte, die kirchlichen Geräte auszuliefern, mit denen Verfaßt die Hungersnot in Russland gesteuert werden sollte, und wegen politischer Intrigen gegen die russische Regierung.

Wenn man berücksichtigt, daß Mgr. Cieplak polnischer Nationalist war und bis zu seinem jetzt erfolgten Tode in der Propaganda gegen Sowjet-Russland eifrig tätig war, so mußte es um so mehr wundern, daß derselbe vor einigen Monaten zum Erzbischof von Wilna ernannt wurde, der eigentliches Hauptstadt des katholischen Litauens, welches mit den Russen eng verwandt, eine wichtige Rolle in der Streitkunst zu spielen berufen ist. Wilna ist bekanntlich den Litauern von den „katholischen“ Polen genommen worden, und dieses Unrecht ist durch das politische Konföderat noch sanktioniert worden. Das durch dasselbe Konföderat in kirchlicher Beziehung unter Polen gestellte Danzig ist inzwischen zu einer selbständigen Diözese erhoben worden, die dem Heiligen Stuhle untersteht. Durch diese ist dieser Fehler wieder gutgemacht worden. Möge das Ableben Mgr. Cieplaks die Gelegenheit bieten, sich den Fertum zu fortsetzen, der zwei Millionen katholische Litauen in kirchlicher Beziehung den Polen ausschert, oder, was Gott verhüten möge, dem Schisma in die Arme führt.

Bei dieser Gelegenheit wäre vielleicht zu bemerken, daß Polen und Franzosen wohl die ungeeignetsten Nationen sind, die Unionsbestrebungen mit den nicht unterworfenen Slawen und Orientalen zu fördern und daß deshalb um so mehr die Auswahl gerade dieser beiden Nationen in püpstlichen orientalischen Instituten den Empfindlichkeiten der zu unerenden Nationalitäten Rechnung trägt. Die Identifizierung von Polen und Katholizismus in Russland und die von Frankreich mit seinen politischen Erprobungsplänen (Syrien) mit Rom ist eher ein Hemmnis als eine Förderung des Unionsgedankens.

## Der Stand der deutschen Franziskaner-Mission in Japan

Die Mission zählt 1712 Christen unter 2½ Millionen Heiden; 153 betreuen sich auf die hl. Taufe vor. Zugewandert sind im verlorenen Berichtsjahr 56, abgewandert 58 Christen. Getauft wurden 79 erwachsene Heiden, ferner 127 Heiden in Todesfalle, 61 Kinder von Christen, 146 Heidentinder, also im ganzen 413 Tauen, Firmungen 49, Pflichtbeichte 987, Andachtbeichte 12 932, Ökonomien 978, Andachtssommunionen 46 802, Erstkommunionen 53.

Das Missionspersonal setzt sich zusammen aus einem Apostol, Patres, 16 Patres, 4 Laienbrüder, 15 Franziskanerinnen, Missionarinnen Mariens für das Missionspital und 10 Franziskanerinnen aus dem Mutterhaus Thun (Hausbrüder) für die höhere Mädchenschule, 2 Katechisten und einer Katechistin. Im vergangenen Jahre reisten wieder 2 Patres und 3 Schwestern in die Mission ab. — Die Mission zählt 9 Kapistationen und 4 Nebenstationen, erster mit je einem Missionar, letztere ohne Missionar mit periodischem Gottesdienst. Ein kleines Seminar mit 11 Alumnaten; ein Krankenhaus, in welchem im Berichtsjahr 899 Interne Kranken behandelt wurden; außerdem haben die Schwestern noch 13 079 Kranken in Stadt und Land besucht. Eine höhere Mädchenschule, welche im vorigen Jahre, am 1. April 1925, mit 165 Schülerinnen eröffnet wurde, davon 30 interne; mit jedem neuen Schuljahr wird eine weitere Klasse hinzugefügt. Ferner geben die Missionare ein religiöses Wochenblatt „Komyo“ (gleich Gott) heraus; endlich im Berichtsjahr drei weitere, teils religiöse, teils wissenschaftliche Werke.

Interessieren dürfte noch, daß bei der offiziellen Eröffnungssermonie der höheren Mädchenschule die höchsten Beamten der über 120 000 Einwohner zählenden Stadt Sapporo eingeladen waren, wie es in Japan Sitte ist. 80 waren erschienen, darunter der Vertreter des Gouverneurs der Provinz Hokaido, der Bürgermeister, die Leiter der höheren Universitäten und sämtlichen übrigen höheren Schulen und Volksschulen der Stadt. Nachdem durch Musik und Gesang der Festakt eingeleitet worden, versetz zunächst der Vertreter des Gouverneurs ein langes Schreiben des japanischen Kaisers, in welchem dieser der jungen Schule viel Glück und Erfolg wünschte. Dann folgte die Eröffnungsrede der Schulleiterin, Schwester Xaveria, auf Japanisch, welche sich dann verschiedene Reden von den Leitern der Universität, des Lehrerseminars und der Volksschulen anschlossen.

Der nächste Plan der Mission ist die Errichtung einer höheren Knabenschule. Wann dieser aber verwirklicht werden kann, hängt von der Mildtätigkeit der Gläubigen in der deutschen Heimat ab. Weil die japanische Regierung die höchsten Anforderungen an die Schule stellt, ist die Errichtung einer solchen eine sehr kostspielige Sache. Aber es muß sein, weil gerade durch Schulen die besten Erfolge in der Christianisierung Japans erzielt werden können.

× **Neue Seligsprechungen.** In den letzten Tagen fand in Rom beim Kardinal Bennelli ein Konzilium statt, wobei das Märtyrertum der beiden englischen Märtyrer Jakob Sales und Wilhelmine Saltermoore erörtert wurde. Dann folgte die Gründung des Kreuzschwesternordens Bourne, der Franziskaner Ruz, der oblatinische Missionar Abbé Chebre und der Missionar Pinot, die Gründerin des Schulschwesternordens Filippini, die Gründerin des Ordens der Barmherigen Schwestern Capitanee und der Märtter der französischen Revolution Du Lac.

× **Der Prior des Stiftes Kremsmünster gestorben.** Am 12. Februar starb in Kremsmünster der Prior des Stiftes P. Paulus Broich. Vater Paulus war vom Jahre 1882 bis 1884 Supplent am Kremsmünster Gymnasium, studierte klassische Philologie und wirkte 41 Jahre als Professor am Gymnasium. Er war 12 Jahre Konviktspräsident und vom Jahre 1882 bis 1906 Gymnasialdirektor. 1909 berief ihn der gegenwärtige Abt, Leander Czerny, als Prior, welche Stelle er bis zum Tode innehatte.

## Die Frage der Unionsbewegung Förderung und Hemmnisse

Von Dr. Eugen Lanske, Wien.

Als am 20. Oktober 1925 der unter Dr. Seipels Führung stehende Bündenzug der österreichischen Politiker bei Pius XI. in Audienz erschien, hielt der Heilige Vater eine Ansprache, die in die Worte „... ut omnes sint unum“ auslief. Und als zu Weihnachten 1925 das heilige Jahr, dessen Ende ja der 1000-jährigen Gedenkzeit des Konzils von Nicia, der Festigung der kirchlichen Einheit, gewidmet war, in Rom feierlich geschlossen wurde, da stand zur selben Stunde in Wien eine merkwürdige Feier statt: In der griechisch-katholischen Barvarakirche hielt der Wiener Erzbischof ein feierliches lateinisches Hochamt, und unmittelbar darauf blieb in der benachbarten römisch-katholischen Dominikanerkirche der Lemberger griechisch-katholische Metropolit Groß Schepinsky ein griechisches Hochamt. Diese Vorgänge beweisen die Bedeutung Wiens und Österreichs für jenes Bestreben, das sich in der Union der orthodoxen Kirche mit Rom zum Ziel gesetzt hat.

Diese Tatsache hat ihre historische Begründung. Man wird hier nicht auf die Konzile von Eton (1274) und Florenz (1439) zurückgreifen dürfen, auf denen sich beide Male über Wunsch der griechischen Kaiser die Union der griechischen mit der römischen Kirche vollzog, um beide Male allerdings nach wenigen Jahren wieder auseinanderzufallen. Man wird sich an das Jahr 1023 erinnern müssen. Damals kehrte mit der Wiedervereinigung mit Polen das ganz Volk Westeuropas zur römisch-katholischen Kirche zurück. Als dann eineinhalb Jahrhunderte später Polen aufgeteilt wurde und größtenteils unter russische Herrschaft gelangte, so wurde in den weitverstreuten Gebieten die Union fast gänzlich vernichtet; nur in westlichen Galizien verblieben die Ukrainer als Griechisch-Katholische unter der Oberhoheit des Papstes. Auch in Siedlungen genossen die Griechisch-Katholiken den Schutz der Habsburger. Die Stellung dieser Unierten hat sich auch seit dem Zusammenbruch Österreich-Ungarns unter polnischer bzw. rumänischer Herrschaft nicht wesentlich geändert. Der Zusammenbruch Russlands, der Wegfall des durch die Romanos verkörperten Caesarpopionus und die unter den Böhmischen einliegende blutige Verfolgung der Orthodoxie aber hat diese stark schwachbedingt und damit für Unionsbestrebungen reif gemacht. Und für diese Bestrebungen bilden nun die Unierten ein reiches Reservoir für Kämpfer aus dem Priester- und Laienstande. Besonders hoch halten diese Bestrebungen das Andenken an den heiligen Josaphat, der vor zwei Jahrhunderten als Erzbischof von Polozk den Märtyrerstand für die Unionsbestrebungen gestorben war und dessen Gebeine in Wien ruhen. Hier befindet sich auch das vor drei Jahren neuerrichtete Missionsseminar für Russland, das Priester ausbildet, die in Russland im Sinne der Union der Orthodoxie mit Rom wirken. Bisher stehen 37 Kandidaten in Ausbildung, von denen bereits ein Dutzend, zum Teil als Kaufleute verkleidet, in Sowjetrußland tätig ist. Ihre Berichte geben ein undenkbar fruchtiges Bild über das Schicksal der Orthodoxie.

Es mag auffallen, daß die Züden der Unionsbestrebungen in Österreich zusammenlaufen und nicht in den an Russland grenzenden Ländern Polen oder Rumänien. Was Polen betrifft, so steht man zunächst auf eine gewisse ablehnende Haltung der weltlichen Behörden, welche, wie übrigens bedauerlicherweise auch ein Teil der lateinischen Geistlichkeit, den Unionsbestrebungen jede Förderung verweigert. Am heutigen Polen wohnen etwa drei Millionen Orthodoxe. Man will nun erläutern, warum die Orthodoxie ganz in Brüche gehen lassen und hofft, daß dann die Orthodoxen direkt Lateiner werden. Dazu hierbei politische, speziell nationalpolitische Momente mitspielen, liegt auf der Hand, ist aber nicht eben föderlich. Manche polnische Regierungskreise sind so der Ostmission direkt feindlich gesinnt.

Was Rumänien betrifft, so haben hier die Unionsbestrebungen nicht nur keinen fruchtbaren Boden — das Gleiche gilt auch für Jugoslawien, nicht so für Bulgarien —, hier ist sogar der Katholizismus gegenüber der Selbstverwaltung austretenden Orthodoxie in die Defensive gedrängt, wie man ja aus der

Geschichte der langwierigen und ungemein schwierigen Konkordatsverhandlungen Buharescu und Belgrads mit Rom schließen kann. Auf dem Balkan steht nach den Erfolgen des Weltkrieges der Nationalismus, das Haupthindernis jeder Unionsbestrebung, in vollster Blüte. Das Gravitationszentrum der Balkankirchen war und bleibt auch vorerst das politische Zentrum des Landes. Auch ist nicht zu übersehen, daß die morgenländischen Kirchen im Gegensatz zur verhältnismäßig jungen russischen Orthodoxie auf eine ungleich ältere dogmatische Tradition zurückblicken und daher in Glaubenssachen zur Nachgiebigkeit weniger bereitwillig sind.

So darf nämlich nicht verkannt werden, daß den von Österreich ausgehenden Unionsbestrebungen keinerlei Kompromißbereitschaft Rom's die Basis gibt und daß auch hier Rom nicht mitgeht, wo man sich von vornherein weigert, die Wahlektio Christi so anzunehmen, wie sie durch die apostolische Nachfolge aller Jahrhunderte gewützt wurde. Aus dem gleichen Grunde konnte ja auch Rom den im August 1925 zu Stockholm abgehaltenen Kongress der „Weltkonferenz für praktisches Christentum“, wo sich neben den Protestantischen auch orthodoxe Gruppen einbanden, nicht besichtigen. Auch bei den Unionsbestrebungen bleibt als Endziel nur der Anschluß in Glaubenssachen an Rom maßgebend, und ihre Ziele sind dieselben, wie etwa die des Winfriedbundes in Deutschland.

## Ein ökumenisches Konzil der orientalischen Kirche

Für den Anfang des Monats Juni dieses Jahres wurde das ökumenische Konzil der orthodoxen orientalischen Kirche anberaumt, noch dem siebten ökumenischen Konzil von Nicaea vom Jahre 787, also zwölft Jahrhunderte hindurch, hat sich der orthodoxe Orient nicht mehr versammelt. Einer jedermann erlangten Katholikos ist ein ausgesprochener Patriarchatus in der orthodoxen Kirche in Erscheinung getreten. Als Ort der Tagung des ökumenischen Konzils ist der Athos in Athos genommen. Am Ende des Treffers des ökumenischen Patriarchats Paschalis aus Konstantinopel stehen, der nach Vereinigung des bekannten Konflikts zwischen der östlichen Kirche und dem Byzantin zur höchsten kirchlichen Würde der orthodoxen Kirche gelangte. Die übrigen Patriarchen nehmen entweder selbst oder durch ihre Vertreter teil. Der Patriarchenstuhl von Alexandria ist derzeit unbewohnt. Sein letzter Bischof Pholios war bekanntlich auf der Rückreise vom Kirchentag von Stockholm. Man hofft aber, daß bis zum Beginn des Konzils am Athos dessen Nachfolger bereit sein Amt angetreten haben wird. Als ansichtsreicher Kandidat gilt Petros Petracas, der von der Angortoregierung gewünscht wurde. Konkurrenz zu verlassen. Auch die autocephalen Patriarchen von Serbien und Rumänien sollen persönlich erscheinen.

Große Schwierigkeiten rütteln die Züge nach der Teilnahme der russischen Kirche hervor. Diese macht bekanntlich gegenwärtig eine schwere Existenzkrise durch. Infolge der russischen Politik hat sich die orthodoxe Kirche in zahlreiche Organisationen gespalten, die offenbar mitgünstig und gehäuft gegeneinander gestimmt sind. Die Dissonanzen sind aber nicht auf kirchliche Meinungsverschiedenheiten zurückzuführen, sondern ausschließlich auf Rechnung der bolschewistischen Politik zu sehen. Infolgedessen zählt man heute in Russland eine ansehnliche Menge kirchlicher Gruppierungen, unter denen man aber doch zwei Hauptföderungen unterscheiden kann: die traditionelle rechtgläubige Kirche oder wie man sie nennt, die Kirche Tschetsch, und die lebendige Kirche, welche sich bedenkellos an die atheistische Internationale anlehnt. An die Tschetschkirche lehnt sich die ganze in der Emigration lebende russische Kirche an. Trotz der Verfolgungen durch die Moskauer Regierung hat sie noch immer ihren Rückhalt in der bürgerlichen Bevölkerung.

Wenn auch über die Tagesordnung des Konzils am Athos noch nichts Näheres bekannt ist, so besteht doch kein Zweifel, daß sich das Kirchenkonzil von Stockholm im bedeutenden Maße auswirken wird und daß auch die Kräfte der Biedervereinigung der christlichen Kirchen offiziell oder inoffiziell einen breiten Raum in den Verhandlungen einnehmen wird.

× **Dom German Morin O. S. B. Ehrendoktor der Universität Freiburg i. Br.** Die theologische Fakultät der Universität Freiburg i. Br. hat zu Beginn des Jahres 1926, in welchem Dom German Morin das vierte Jahrzehnt seines arbeits- und leidenschaftlichen Priesterlebens vollendet und in das fünfte eintritt, ihm die Würde eines Doktor der Theologie ehrenhalber verliehen. Die Freiburger theologische Fakultät ist eine der wenigen, die für Patrologie und Archäologie einen ordentlichen Lehrstuhl und für lateinische Bibelforschung ein eigenes Seminar hat. Es liegt deshalb nahe, daß sie dem erfolgreichsten, wenn nicht erfolgreichsten Forcher und Entdecker aus diesen Gebieten, der uns ja sogar bisher unbekannte echte Augustinuschriften zugänglich gemacht hat, die Dankbarkeit der katholischen Wissenschaften zum Ausdruck brachte. Dom Morin ist seit 1905 Ehrendoktor von Oxford und seit 1919 von Zürich. Da war es eine Ehrenpflicht, daß dem von protestantischen Theologenakademien so außerordentlich geehrten Gelehrten die katholische Theologie ihren Dank auch äußerlich zum Ausdruck bringe. Dom Germanins Hauptarbeitsgebiet ist die Väterzeit von Augustin bis Gregor d. Gr. Er ist der beste Kenner des Heiligen von Hippo und des Caesar von Arles. Außerdem hat er zahlreiche Untersuchungen zur Geschichte der Liturgie und zur theologischen Literaturgeschichte des Mittelalters gefestigt. Daß seine neuen Augustinusstudien 1917 während des Krieges in einem deutschen Verlag bei Kloster Saint-Germain-d'Auxerre verlegt wurde, lenkt nicht die Aufmerksamkeit vom Werk ab, das er in diesem Jahrzehnt geschaffen hat. Seine Arbeit ist eine der wenigen, die den katholischen Gelehrten in England und Irland, wo Augustinus eine wichtige Rolle gespielt hat, eine neue Wertschätzung verschafft.

× **Dom German Morin O. S. B. Ehrendoktor der Universität Freiburg i. Br.** Die theologische Fakultät der Universität Freiburg i. Br. hat zu Beginn des Jahres 1926, in welchem Dom German Morin das vierte Jahrzehnt seines arbeits- und leidenschaftlichen Priesterlebens vollendet und in das fünfte eintritt, ihm die Würde eines Doktor der Theologie ehrenhalber verliehen. Die theologische Fakultät ist eine der wenigen, die für Patrologie und Archäologie einen ordentlichen Lehrstuhl und für lateinische Bibelforschung ein eigenes Seminar hat. Es liegt deshalb nahe, daß sie dem erfolgreichsten, wenn nicht erfolgreichsten Forcher und Entdecker aus diesen Gebieten, der uns ja sogar bisher unbekannte echte Augustinuschriften zugänglich gemacht hat, die Dankbarkeit der katholischen Wissenschaften zum Ausdruck brachte. Dom Morin ist seit 1905 Ehrendoktor von Oxford und seit 1919 von Zürich. Da war es eine Ehrenpflicht, daß dem von protestantischen Theologenakademien so außerordentlich geehrten Gelehrten die katholische Theologie ihren Dank auch äußerlich zum Ausdruck bringe. Dom Germanins Hauptarbeitsgebiet ist die Väterzeit von Augustin bis Gregor d. Gr. Er ist der beste Kenner des Heiligen von Hippo und des Caesar von Arles. Außerdem hat er zahlreiche Untersuchungen zur Geschichte der Liturgie und zur theologischen Literaturgeschichte des Mittelalters gefestigt. Daß seine neuen Augustinusstudien 1917 während des Krieges in einem deutschen Verlag bei Kloster Saint-Germain-d'Auxerre verlegt wurde, lenkt nicht die Aufmerksamkeit vom Werk ab, das er in diesem Jahrzehnt geschaffen hat.

× **Warum die Melk Bibel verkauft werden mußte.** Bei Konkurrenz wurde die aus dem Stift Melk stammende zweibändige Gutenberg-Bibel in New York versteigert. Ein in Amerika bekannter Buchhändler Rosenbach hat für die Kollektion einen Dollarbetrag, der annähernd sieben Millionen österreichischen Kronen gleichkommt, erlegt. Durch den Verkauf der Bibel, der infolge der finanziellen Bedürfnisse des Stiftes Melk erfolgen mußte, ist Österreich um einen kulturellen Schatz ärmer

geworden. Das Stift Melk befindet sich seit längerer Zeit in Notlage, woran in erster Linie wohl die Tatsache schuld ist, daß ein Großteil des Melker Besitzes heute totes Kapital ist, das nicht einen Heller einzahlt. Ein Teil des künstlichen Vermögens liegt in großen Gütern in Rumänien brach; ein anderer Teil ist durch den Verlust von einer Reihe Wiener Häuser gegeben, die selbstverständlich ebenfalls eher eine Belastung, denn eine auch nur bedeckende Veranlagung darstellen. Was die Melker an landwirtschaftlichem Besitz haben, genügt kaum für den Bedarf des Hauses und vor allem des Gymnasiums, das vom Stift erhalten wurde. Allerdings wie die anderen großen Stifte hat Melk nicht. Dafür muß aber das Stift eine große Zahl von Ungestellten, ein Gymnasium mit Internat und den gesamten Lehrkörper völlig erhalten und auch noch 30 Pfarrer auf dem flachen Lande versorgen. Diese Kosten haben dazu geführt, daß die Verbindung des Stiftes sich unbedingt nach einer Einnahmequelle umsehen mußte. Was nun die Melker Sammlungen betrifft, so hat die 70 000 Bände umfassende Bibliothek noch erlösende Schätze aufzuzeigen, deren kulturhistorischer Wert dem der Bibel gleichkommt oder nicht besonders nachsteht. Dazu gehören vor allem die berühmten Handschriften, deren älteste aus dem Jahre 735, also aus vorkarolingischer Zeit, stammt und von dem Heiligen Bodo im Kloster Saint-Germain-d'Auxerre verfaßt wurde, lenkt ein handchriftliches Palimpsest aus dem 12. Jahrhundert, die handchriftlichen Gebetbücher Kaiser Albrechts II. und der Königin Beatrix von Ungarn. Von den zahlreichen frühen Bibeldrucken par nicht zu reden. Auch die eigentliche Bibliothek weist Seltenheiten auf, deren Wert unzählbare Millarden repräsentiert.

× **Gegen „Slavenkopf“ und Körperkult.** Der gesamte österreichische Episkopat erlässt einen Hirtenbrief, der sich gegen den Körperkult wendet, der nicht zum Nachteil der Seelenkultur ansetzen dürfe. Er weist darauf hin, daß die Perioden einseitiger Körperkulte in der Geschichte stets das Leben für sittliche Entartung waren und fordert insbesondere, daß Frauen und Männer getrennt turnen. — Aus Reichenberg in Böhmen wird berichtet: Die Einstellung vieler reichsdeutsche Turnvereine gegen die hypermodernen Tänze und den Publikus greift nun auch auf Deutsch-Böhmen über. Auf der Dienstag-Tagung des Reichs-Deutschen Turngaues in der Grenzstadt Görlitz gab es lange Debatten über den Kampf gegen die nur auf das Sinnliche berechneten Tänze, durch die das deutsche Gesellschaftsleben in seiner Tiefe und Reinheit zerstört werde und gegen den Publikus, der richtigiger als „Slavenkopf“ zu bezeichneten wäre. Dem nächsten großen Sonntag wird ein Aufruf unterbreitet, daß Turnerinnen mit Publikus bei allen öffentlichen Turnveranstaltungen auszuschließen seien.

## Waffen

Das geschah an einem Tage, der von Katholiken als Aquäductus in den Fasen und von Protestanten als Bußtag gefeiert wird:

Ein Schüppel steigt vom Borderperron einer Straßenbahn. Bleibt mit der Revolvertasche hängen. Die Waffe fällt heraus, entlädt sich. Eine Frau, die neben dem Polizisten stand, greift in die Luft, fällt zusammen, ist tot.

Eine Polizistin, die für einige Tage den Gewerkschaftsstoff trägt. „Haben Sie schon gehört?“ „Wie kann nur so etwas vorkommen!“ „Ja, ja, die Polizei...“ „Der kann doch auch nichts dafür.“ „Aber direkt gehen wird's ihm.“ Und so fort. Dann kommt eine neue Sensation, die alte ist vergessen.

Ist über dieser Schuß am Bußtag nicht mehr als eine Polizistin, mehr als eine Sensation? Zeigt er nicht mit erschreckender Deutlichkeit, wie es unter den Menschen steht: Einer trägt Waffen gegen den andern. Waffen in der Revolvertasche, aber auch Waffen in mancher Altentasche, die die andern wirtschaftlich vielleicht noch durchdringen als mit körperlicher Bewandlung. Waffen im Gehirn, um den anderen klein, wehrlos und deinfatig zu machen, Waffen vor allem in der Seele, mit denen man sich selbst die leichte Achtung vor den Männchen zerstört. — Warum trägt man sie? Gegen wen? Nun, die Polizei ist gegen Verbrecher gerüstet, wirtschaftliche Waffen sollen in erster Linie wirtschaftliche Schädlinge treffen. Jeder, der sich bewaffnet, denkt an jene, die gegen ihn schon gewaffnet sind, an die Feinde.

Aber es trifft ja immer den Unbedeutigen. Die Waffe gewinnt eigenes Leben und schlägt den, den sie nicht schlagen soll. Die Spartakisten der Münchener Räterepublik 1919 wollten die „Bourgeois“ treffen, und erschossen acht harmlose Schiedsgerichter. Die Freischärler, die die Räteherrschaft niederschlugen, wollten die Spartakisten bestrafen, und ermordeten einundzwanzig katholische Geistlichen. — Es geht immer wie mit der Waffe des Schuhpolizisten auf der Straßenbahn: Es ist etwas nicht in Ordnung, die Waffe entlädt sich von selbst. Jemand kommt ohne Einleuchtenden Grund vom Leben zum Tode gekommen.

Muß das wirklich sein? Müßen so viele Waffen getragen werden? Solche Unglücksfälle finden ja nicht nur dort statt, wo die Polizistin einen Todesfall nennt. Wieviel seelische Verflimmern, geistige Verzerrung, wirtschaftliches Elend wird durch die feineren Waffen erzeugt, die wir täglich gegeneinander wenden. Und bedenke noch eins: Die Waffe fehlt sich seitens Endes immer gegen den, der sie trägt. Den Schuhpolizisten von der Straßenbahn wird man vermutlich bestrafen und aus dem Amt bringen. Der Schuß, mit dem er die Pistole lud, trifft ihn selbst.

In manchen anderen Ländern trägt die Polizei bei solchem Dienst nur den Bummknöllchen, der sich nicht so leicht von selbst entladen kann. Ob eine solche Änderung nicht auch für uns möglich ist, mag die Polizeiverwaltung entscheiden. Aber seelisch, geistig und vielleicht auch wirtschaftlich sollte sich jeder durch diesen Unglücksfall zur Abstürzung mahnen lassen. Je weniger Waffen, desto weniger Unglück in der Welt. Und man kommt viel weiter, wenn man einander mit freundlicher Güte und unbewehrten Händen entgegentritt.

— b —

## Dresden

### Die Kluft zwischen Gefangenen und Freien

Dresden, den 25. Februar.

Der Lehrgang über Strafentlassensfürsorge, den die Arbeitsgemeinschaft der Spartenverbände der freien Wohlfahrtspflege in diesen Tagen veranstaltet, fand gestern seinen Abschluß durch eine öffentliche Versammlung im Neustädter Kino, Königstraße. Der Leiter des Abends, Rechtsanwalt Dr. Klemme (Kartellverband) konnte unter den Ehrengästen insbesondere Ministerialdirektor Dr. Kittel, Oberregierungsrat Schröder und Landeskonsistorialrat Günther begrüßen. Er gab dem Bedauern Ausdruck, daß die Einladung zu dem Abend nicht noch zahlreicher Folge geleistet worden war; handele es sich doch bei der Strafentlassensfürsorge um eines der ernhesten Probleme der Wohlfahrtspflege. Alsdann gab der Vorsitzende einem der besten Fachleute auf diesem Gebiet, Herrn

Proctor Jacobi, Halle, das Wort zu seinem Vortrag über „Die Kluft zwischen Gefangenen und Freien“. Der Referent ging aus von der Kluft, die sich rein äußerlich schon aufstutzt zwischen dem Gefängnis und der Umwelt, die Kluft, die dadurch zustande kommt, daß der Mensch im Gefängnis alle Ablenkungen, seine Familie, seinen Beruf, jede Freude und vor allem Ehre und Achtung entbehren muß. Nicht mit den gewöhnlichen Verbrechern hat es die Wohlfahrtspflege hier zu tun, sondern mit Menschen, die herausgeschleudert werden aus der Bahn des geordneten Lebens. Die Kluft, die sich aufstutzt, ist so breit, daß wir ohne weiteres gar nicht hinüberpringen können; sie ist auch grauenvoll tief. Der Gefangene empfindet sie als unerträglich. Auf vielseitige Weise sucht er sie deshalb zu überbrücken. Die einen durch Ausbruchgedanken infolge des ungeheuren Freiheitsdranges, andere durch eine förmliche Schreibnatur, durch Besuchs- und Briefe, wieder andere durch brutalen Haß gegen die freie Umwelt, wieder andere durch hartnäckiges Leugnen ihrer Tat — sie wollen nicht zugeben, daß sie jenseits der Kluft stehen, wieder andere durch Geständnisse, die im Gefängnis immer tendenziös sind, oder durch Jüngere der Tat, oder durch Abschiebung der Schuld auf andere. Der Gefangene sucht die Kluft auch zu überbrücken, indem er mit hübscher Eleganz über die Tat hinweggeht, oder indem er hundert Pläne für die Zukunft oder hundert gute Vorfälle zählt. Schließlich gibt es auch solche, die es nicht ertragen, auf der anderen Seite der Kluft zu stehen und zum Selbstmord schreiten. Auf jede erdenklieke Weise lehnt also der Gefangene die Kluft ab.

Diese Kluft liegt in Wahrheit allein im Gegensatz zwischen Gott und Böse. Vor dieser Situation stehen wir. Aber wenn wir die Frage beantworten, warum ist dieser oder jener dahin gekommen, wenn wir noch der Erziehung nach dem sonstigen Willen, vielleicht Hunger, Not u. a. forschen oder gar seelische Krankheit feststellen müssen, ein großer Teil der Gefangenen sind Psychopathen, d. h. sie sind am Verstand normal, an Willen und Gemüth aber krank und abnormal; wenn wir in diese Zusammenhänge hinaustragen, muß sich dann die Kluft nicht schon verringen? Es ist ein schweres Problem zu entscheiden, wo beim Psychopathen das Krankhaften aufhört und das Böse anfängt. Gut und Böse läßt sich nicht mehr absolut verteilen. Was für den Psychopathen gilt, gilt schließlich für alle Menschen. Von diesem Standpunkt aus versteht man das Wort: Richtet nicht, damit auch ihr nicht gerichtet werdet. Jeder Mensch steht auch unter dem Bösen. Und vor dem einzigen Gott u. über alle Menschen liegt niemand mehr, der Rechtsbrecher ist böser wie ich. Denn hier hat sich eine andere Kluft aufgetan, die Kluft zwischen Gott und Mensch die so ungebührlich unschön und außerordentlich ernst ist, daß die Kluft zwischen Gefangenen und Freien völlig verschwindet. Wenn man bedenkt, daß die menschliche Gesellschaft ja nur einen ganz kleinen Teil von dem bestellt, was jenseits der Grenze des Guten liegt, wenn es nur nicht jenseits des Strafgesetzes liegt, dann erkennt man, daß wir alle in Schuld stehen. Und in dieser Erkenntnis dürfen wir nur noch sagen, du Gefangener und ich Freier wir beide sind böse. Gabe es weniger Kluft zwischen den Menschen, dann gäbe es auch weniger Lüge und weniger Hass in der Welt. Damit ist der Weg frei zu der einzigen Kluft zwischen Gott und Mensch.

## Die neuen sächsischen Steuergesetze

### Die Aufhebung der Zugtiersteuer

Dresden, 25. Februar

Gemäß dem Beschuß des Landtages vom 15. Dezember 1925 wird die in Sachsen am 1. März 1923 eingeführte Zugtiersteuer mit Wirkung vom 1. April 1926 aufgehoben. Die Bezirksoverbände und bezirksfreien Gemeinden, denen jetzt 90 Prozent der in ihren Bezirken erhobenen Zugtiermindeststeuer und die über den regelmäßigen Satz hinaus erhobene Zugtiersteuer zufließen, werden für ihren Einnahmeausfall im Rechnungsjahr 1925 in den einzelnen Bezirksoverbänden und bezirksfreien Gemeinden erfolgen. Der beim Finanzministerium gebildete Begebaustock, der dazu dient, Beihilfen für Zwecke des Baues und der Unterhaltung öffentlicher Wege zu verteilen und dem zu diesem Zweck jetzt 10 vom Hundert des Zugtiermindeststeuersolls zufließen und dem außerdem auf Grund des Zugtiersteuergesetzes ein gewisser Teil des Begebaustocks an der Kraftfahrzeugsteuer übertragen wird, soll auch weiterhin bestehen. Für den Einnahmeausfall, den er durch die Aufhebung des Zugtiersteuergesetzes erleidet, soll er ebenfalls durch Beteiligung am Begebaustock an der Kraftfahrzeugsteuer entschädigt werden. Sein Anteil ist für das Rechnungsjahr 1925 auf 5 vom Hundert des Begebaustocks bemessen. Da die Regierung dem Landtag zugestanden hat, daß die Bezirksoverbände und bezirksfreien Gemeinden bei Aufhebung der Zugtiersteuer in voller Höhe entschädigt werden sollen, und da sich im Hinblick auf die bevorstehende Neuordnung der Kraftfahrzeugsteuer jetzt nicht übersehen läßt, wieviel der Bezirkssatz an der Kraftfahrzeugsteuer im Rechnungsjahr 1926 betragen wird, — geschah es, wird er der Regierung auf 2700 000 Reichsmark —, ist in den Gesetzentwurf die Bestimmung aufgenommen worden, daß die Bezirksoverbände und bezirksfreien Gemeinden im Rechnungsjahr 1926 auf Kosten des Anteils des Staates an der Kraftfahrzeugsteuer mindestens das erhalten, was im Rechnungsjahr 1925 tatsächlich an Zugtiersteuer aufgekommen ist. Dieses Aufkommen wird auf 2500 000 Reichsmark geschätzt.

Außerdem ist, um für die Zwecke des Begebaustocks im Rechnungsjahr 1926 ausreichende Mittel sicherzustellen, die Bestimmung vorgesehen, daß, falls der Anteil des genannten Stockes an der Kraftfahrzeugsteuer für das Rechnungsjahr 1926 und der im Staatshaushaltplane für das Rechnungsjahr 1925 für Begebau- und Begeunterhaltungsunterhaltungen vom Landtag endgültig eingestuft wird, zusammen weniger als 1700 000 Mark betragen, der Unterschiedsbetrag den Begebaustock aus dem Anteil des Staates an der Kraftfahrzeugsteuer zur Verfügung gestellt wird. Der Bezirkssatz ist für die Zwecke des Baues und der Unterhaltung öffentlicher Wege zu verwenden, während der Staat seinen Anteil an der Kraftfahrzeugsteuer (50 vom Hundert) für die Staatsinteressen verwendet.

An sich sollen die vorstehend bezeichneten Bestimmungen nur für das Rechnungsjahr 1926 gelten, da die Frage der Befreiung der Bezirksoverbände und bezirksfreien Gemeinden an der Kraftfahrzeugsteuer bei der Neuordnung des Landesfinanzausgleichs mit zu lösen sein wird. Da aber nicht zu übersehen ist, ob der

neue Landesfinanzausgleich vor Beginn des Rechnungsjahrs 1927 geregt sein wird, sieht der Entwurf vor, daß die genannten Bestimmungen bis zu einer neuen gesetzlichen Regelung entsprechend auch für das Rechnungsjahr 1927 gelten sollen.

### Steuer- und Gebührenfreiheit beim Wohnungsbau

Die Baukosten von Wohnungsgebäuden sind durchschnittlich auf das 1,8- bis 2-fache des Friedensstandes, der Zinsfuß für erste Hypotheken auf dem freien Geldmarkt auf annähernd das Dreifache des Friedensstandes gestiegen. Beide Versteuerungen wirken dahin zusammen, daß auf eine zunächst nicht absehbare Zeit der Wohnungsbau dringend jeder Erfolglosigkeit und Förderung bedarf, die ihm von der öffentlichen Hand gewährt werden kann. Um den Wohnungsbau wirksam anzuregen und zu steuern, sieht der Gesetzentwurf nunmehr eine umfassende Steuer- und Gebührenbesteuerung für den Wohnungsbau in freier Wirtschaft, wie für den privaten Wohnungsbau unterstützen. Diese weitgehende Besteuerung beeinträchtigt indessen auf den von ausgesprochener Klein- und Mittelwohnungen; also solche gelten nach § 1 des Gesetzes Wohnungen, die 100 Quadratmeter nutzbare Wohnfläche nicht überschreiten. Wohnungsbauten genießen die Vergünstigung dieses Gesetzes dann, wenn sie vorwiegend Klein- und Mittelwohnungen in diesem Sinne enthalten.

Von der Aufwertungssteuer sind Wohnungsbauten bereits nach dem Gesetz über den Geldentwertungsausgleich bebauten Grundstücken vom 1. Juli 1924 befreit. Nunmehr werden Wohnungsbauten, die bis zum 31. Dezember 1928 begonnen und bis zum 30. Juni 1929 beugsfähig werden, auf 5 Jahre von der Fertigstellung ab von der Grundsteuer und der etwa an ihre Stelle treibenden Steuer befreit. Vor allem aber befreit das Gesetz in § 1 den Wohnungsbau selbst von allen Steuern und Gebühren, die durch Landesrecht in Wegfall gestellt werden können. Dahin gehören vor allem die Gebühren der freiwilligen Gerichtsbarkeit, die Stempelsteuer für die Aufnahme von Hypotheken, die Gebühren für Bau- und Wasserpolizei-Benehmungen usw. Unter bestimmten in §§ 4 und 5 festgesetzten Voraussetzungen ist insbesondere der Ankauf von Grundstücken zum Zwecke des Wohnungsbaues frei von Beurkundungs- und Eintragungsgebühren der Gerichte, von der Stempelsteuer, der Wertzuwachssteuer und vom Grunderwerbsteuerzuschlag der Gemeinde. Auch die Veräußerung des neu gebauten Grundstücks genießt die Steuer- und Gebührenbefreiung dieses Gesetzes dann, wenn der Erbauer selbst das Grundstück veräußert und die Bebauung von vornherein zum Zwecke absehbarer Veräußerung vorgenommen worden ist; diese Befreiung genügt neben den gemeinhinigen und öffentlich-rechtlichen Körpergeschäften auch der Arbeitgeber, der Wohnungen für seine Arbeiter oder Angestellten errichtet, sowie der private Bauunternehmer, der die Errichtung von Wohnungen gewerbsmäßig betreibt.

Durch § 8 des Gesetzes werden die Befreiungsvorschlägen auch auf Darlehen und Hypotheken ausgedehnt, die aus öffentlichen Mitteln zur Finanzierung von Wohnungsbauten gewährt werden, auch wenn diese Wohngebäude nicht zu den Kleinwohnungsbauten im Sinne von § 1 des Gesetzes gehören. Das Gesetz soll am 1. März 1928 in Kraft treten. Seine Gültigkeitsdauer ist zunächst auf die Zeit bis zum 31. Dezember 1928 beschränkt. Vor Ablauf dieser Zeit wird die Möglichkeit einer Verlängerung zu prüfen sein.

Das ist keine Theorie, sondern die praktische Grundlage, von der der Helfer in der Strafentlassensfürsorge ausgehen muß. Das Beste ist damit nicht aufgehoben, sondern nur tiefer verlegt. Es ist nicht mehr Verantwortung vor dem Menschen, sondern Verantwortung vor einem Höheren.

Der Vortrag war seinem Inhalt nach sowohl, wie der schlichten, liefernden und ergriffenden dargebotenen Form nach ein Abschluß, wobei man ihn sich für den Lehrgang wünschter und feuchtabarer nicht hätte denken können. Tiefergriffen folgte die Verarmung jedem Worte und an der Seele gepackt, zu erster Milacht an dem wahrlich nur ganze und tieferste, demütige Menschen voraus sehenden Werke der Strafentlassensfürsorge bereit, ging man ohne störenden Beifall auseinander. Man muß nur noch einmal bedauern, daß der Saal nicht bis zum letzten Platz gefüllt war. Wir brauchen noch mehr Leute, die klüste überbrücken. Wir brauchen auf allen Gebieten die Karitas! Der Lehrgang war nur eine Saat. Woge aus ihm reiche Ernte, seelische Ernte für unser Volk erspricht.

— o —

**Zum Görresgedächtnis.** In Dresden hat man unseres Wissens von dem 150. Geburtstag Joseph Görres' in der Öffentlichkeit, von der Presse abgesehen, noch keine Notiz genommen. Das ist auch kein besonderer Ruhmestittel für unsere Kunst und Wissenschaftsstadt Dresdens. Am kommenden Freitag soll diese Lücke ausgefüllt werden. Der auf dem Gebiete der Görresforschung großen Ruf genießende Leipziger Student Dr. Robert Stein wird auf Veranlassung der hiesigen Vereinigung katholischer Akademiker in Dresden in einem Vortrag über Joseph Görres sprechen. Der Vortrag findet morgen Freitag den 28. Februar, abends 8 Uhr im Italienischen Dörfchen (Theaterplatz) statt. Gäste sind herzlich willkommen.

**Stadtrat Dr. Wolfgang Herrmann.** Der seit 1913 als dritter befehlender Stadtrat hier angestellt ist, wurde zum Direktor der Kirozentrale Sächsischer Gemeinden in Dresden gewählt.

**Berufung nach der Tüchei.** Prof. Bernhard, ordentlicher Professor an der fachlichen Hochschule zu Tharandt, ist von der kirchlichen Regierung in Angora an die Spitze der türkischen Staatsforstverwaltung berufen worden und wird dem Stausee folgen. Prof. Bernhard, früher sächsischer Landesforstmeister, wird sich, wie berichtet wird, in Kürze zum Antritt seines Amtes nach Angora begeben.

**Wegen vorläufiger Störung des Abendgottesdienstes am Totensonntag vergangenes Jahres in der Annenkirche** wurde vom Schöffengericht der 38 Jahre alte Glasbläser Lubitsch und der Stedenarbeiter Jeneri zu zwei Monaten bzw. zu einem Monat Gefängnis verurteilt. Der Vorsitzende des Gerichts betonte, daß die Angeklagten in einer verbammerten Weise gehandelt haben, etwas Gemeineres könne man sich überhaupt gar nicht vorstellen, ausgerechnet am Totensonntag den Gottesdienst zu stören und ein Bild, das jedermann ans Herz gehe, noch so zu verspotten, wie hier geschehen ist. Die Angeklagten haben in angebruntem Zustand gehandelt.

**Tödlicher Unfall.** Das Pressesamt des Polizeipräsidiums teilt mit: Mittwoch vormittag in der 9. Stunde hat sich auf der Straßenbahnlinie 19, und zwar an der Haltestelle Johann-Wortigstraße, ein höchst bedauerlicher Unfallstod augetragen. Der Polizeioberwachtmeister der Landespolizei Krems, der als Einzel�iensthaber der 4. Bezirkswache zugelassen ist, verließ an dieser Haltestelle die Straßenbahn, wobei er auf bisher nicht erklärte Weise seine Schuhsohle verlor. Diese fiel auf die Straße und entlud sich durch den Aufprall. Der Schuh, der sich löste, traf eine auf dem Borderperron des ersten Abgangs-

wagens stehende Frau, die als die 39jährige Schlosserwitwe Emma Frieda Wilder geb. John, Dresden, Schenleinstraße 20, 4, wohnhaft festgestellt werden konnte, leider sofort tödlich. Die Schulde an dem Unfall trifft den Polizeioberwachtmeister Krems insofern, als er der Verfahrt zuvor eine Eigentumsmaße, und zwar mit Patrounen im Laufe, getragen hat. Krems ist deshalb festgenommen und der hiesigen Staatsanwaltschaft zugeführt worden.

**Nachtwagen der Linie 22.** Wegen Ausweichfahrt von Fahrdrahten auf der Straße Habsburger Straße-Cohnmannsdorf verkehrten die Nachtwagen der Linie 22 in der Nacht von Donnerstag, den 26. zu Freitag, den 27. d. M. nach 1 Uhr nichts nur zwischen Altenberger und Habsburger Straße. Letzte durchgehende Wagen: 11.40 Uhr ab Altenberger Straße nach Cohnmannsdorf, 12.50 Uhr ab Cohnmannsdorf nach Altenberger Straße.

**Wegfangen herrenloser Tauben.** Um der Vermehrung herrenloser Tauben und den dadurch hervorgerufenen Unbelästigungen entgegenzutreten, wird nunmehr das Wegfangen dieser Tiere wieder aufgenommen werden, und zwar wird dies in den Monaten März, April, September und Oktober Dienstags, Sonnabends jeder Woche, in den Monaten Mai bis August Dienstags und Sonnabends jeder Woche geschehen, je in den frühlichen Morgenstunden, spätestens eine halbe Stunde vor Beginn des Volksschunterrichtes. Die Besitzer von Tauben werden aufgefordert, ihre Tauben während der Fangzeit in den Schlägen zurückzuhalten.

**Schreibmaschinendiebstahl.** Einbrecher stahlen in der Nacht zum 24. Februar aus einem Kontor eine Schreibmaschine Ideal und eine solche Ideal B, davon eine im gelbbläckerten Karton. Einige Wahrnehmungen sollte man der Kriminalpolizei mitteilen.

**Deutsches Hygiene-Museum.** Zu dem von Frau Bundesleiterin abgehaltenen Lehrgang über Säuglingspflege und Gefundenspflege der Frau, verbunden mit praktischen Übungen, sind so viele Anmeldungen eingegangen, daß nicht alle Damen zugelassen werden konnten. Es findet aus diesem Grunde nach Ostern eine Wiederholung des Lehrganges statt, für dessen Anmeldung und Beginn in den Tagesblättern rechtzeitig Kenntnis gegeben wird.

## Konzerte und Vorträge

**Die Musikalische Arbeitsgemeinschaft der Studentenschaft** der Technischen Hochschule hatte zu einem Vortragsabend nach dem Studentenhaus eingeladen. Auch dieser Abend zeigte, daß Erich Schneider es mit seinen Bestrebungen sehr ernst meint und daß er mit Sicherheit auf das Ziel zugeht, den Studierenden der Hochschule eine vielseitige Musizierung angedeihen zu lassen. Die Geige, Instrumental- und Kammermusikwerke geben ein recht fesselndes Bild. Trude Gabriel erfreute durch klänglich gesungen Lieder von Brahms, Paul Pleyne und Roth. Marianne Seile behandelte sich als sichere und empfindsame Violinistin. Viel Freude machten die Klaviervorträge von W. Bohne. Verwandten Ansprüchen kam die Quintettvereinigung Janika Weintraub (Klavier), Marianne Seile, A. Waramesch, Senta Kunze und W. Pomny mit dem Klavierquintett in Es-Dur von Schumann entgegen. Es war ein anregender, erfolgreichster Abend. — n.

**Katharine Goobson** spielt im Palmengarten Mozart, Beethoven, Chopin, Schumann, Dohnanyi, Strauss und Liszt. Man möchte Bekanntschaft mit einem außergewöhnlichen pianistischen Talente. Die Klavierspielerin ist eine Kraftmutter, nicht etwa im Kraftmutter aus dem Tasten, sondern im impulsiven, geistigen Miterleben. Aus ihrem Spiel hört man die Harmonie, die Seele. Eine Harmonie, die von den durchdringenden Pianistinnen bis zu den eindrücklichen Pianisten bis zu den eindrücklichen Pianisten.

beren sich steigert. Dutz und Vater durchweht die gesamte Technik und das vollständige Ausdrucksvermögen. Katharine Goodison meidet bläufende Deckserben. Ihre einzigartige Ausdrucksfertigkeit gesättigt ihr das. Sie erlaubt ihr auch, daß diese Künstlerin den Bedarfsgeschäft mit weisester Dekonomie handhaben kann. Katharine Goodison ist Virtuosin. Gewiß. Ihre Technik perfekt wie Seht im Glase. Alles glänzt und gleicht. Ihre Größe ist aber Stilschluß, packende Praktikabilität, neue Geistesfertigkeit, eine vollkommene Beherrschung des seelischen Ausdrucks. Und dabei bleibt ihr Anfang, auch wenn er sich, wie bei der Chopinischen Polonaise, zu Tongewalten steigert, von edelster Grausamkeit und echter Weiblichkeit. Die Künstlerin wurde herzlichst gefeiert.

Otto Bernstein sprach am Mittwochabend im Harmoniensaal Kleists erschütternde Novelle vom Kampf des Michael Kohlhaas ums Recht. Die Kunst des Vortragenden wetteiferte mit der Sprachgewalt des Dichters. Wie viel ist uns doch dadurch verloren, daß wir erzählende Dichtung fast nur noch lezen, also mit dem Auge und nicht mit dem Ohr aufnehmen! Das Ohr scheidet viel feiner wertvolles vom unechten. So kann man auch bei der meisterhaft geformten Erzählung Kleists feststellen, daß die Spannung der Zuhörerschaft dort nachläßt, wo die unechte Romantik der Anecdote von den Zigeunern einsetzt. — Otto Bernstein sprach die zwängenden Sätze dieser besten deutschen Prosa mit seinem Gefühl. Die Zuhörer standen völlig im Banne des Vortrags, der am Schluß noch einer schundenlangen Pause achtungsvollen Schweigens mit stürmischen Beifall bejubelt wurde.

—

## Leipzig

### Kurzschluß im Stadtverordnetensaal

Leipzig, 25. Februar. Auf der Tagesordnung der gestrigen Stadtverordnetensitzung stand die Verhandlung des Berichtes des Untersuchungsausschusses über die Mißstände am städtischen Großmarkt, der zu einem Konflikt zwischen Magistrat und Untersuchungsausschuß geführt hatte. Die Verhandlung konnte jedoch nicht zu Ende geführt werden. Nachdem Oberbürgermeister Dr. Rothe und der Vorsitzende des Untersuchungsausschusses Stadtverordneter E. Schmidt sowie die Reden der sozialdemokratischen und kommunistischen Fraktion gesprochen hatten, machte sich im Sitzungssaal Qualm bemerkbar. Es stellte sich heraus, daß auf der Tribüne durch Kurzschluß die Holzverschalung angekohlt war. Die Sitzung wurde unterbrochen und die Tribüne geräumt. Die sofort herbeigerufene Feuerwehr konnte den Schaden in kurzer Zeit beheben. Da jedoch die Luft im Saale weiter schlecht blieb, wurde um 11½ Uhr nachts die Sitzung abgebrochen und auf Freitag vertagt.

### Der neue Verkehrsregler am Augustusplatz

Am gestrigen Mittwoch wurde der eiserne Verkehrsregler auf dem Augustusplatz aufgestellt. — Die Beichen haben folgende Bedeutung: Signalarm weiß mit rotem Band — quer zur Fahrtrichtung heißt: „Halte“. Fahrzeuge müssen hinter der Ausfluchtlinie halten. Aus der gespererten Richtung darf nicht ausfahren werden. Das Erscheinen der beiden gelben Signalarme bedeutet: „Achtung“. Durch sie wird der bevorstehende Beichen- und Richtungswechsel angekündigt. Nunmehr darf in der bisher freien Richtung kein Fahrzeug mehr die Kreuzung befahren; es muß hinter der Ausfluchtlinie gehalten werden. Fahrzeuge, die sich bereits auf der Kreuzung befinden, haben diese unverzüglich zu verlassen. Die in der bisher gespernten Richtung haltenden Fahrzeuge haben sich zum Anfahren fertig zu machen. Die Fußgänger haben die Kreuzung ebenfalls unverzüglich zu verlassen und dürfen in der bisher freien Richtung nicht mehr weitergehen.

Nach dem Achtungssignal erfolgt die Drehung der Signalarme, durch die dann die bisher gesperrte Richtung freigegeben wird. Es darf daraufhin in der Längs- zu den Signalarmen laufenden Richtung weitergefahren und weitergegangen werden.

Bei der Verkehrsregler, der von den Firmen Reinhold Pöhlisch in L.-Modau und von der Uml.-M. in Berlin unentbehrlich zur Verfügung gestellt wurde, außer Betrieb, so werden die Arme heruntergeklappt; soweit es überhaupt nötig ist, werden dann von den Beamten Armzeichen gegeben.

### Närmzonen im Alten Theater

Leipzig, 25. Februar. Im Alten Theater kam es gestern bei der Aufführung des Schauspiels „Der fröhliche Weinberg“ von Rückmeyer, wie bei der Erstaufführung am Sonnabend, zu Färmzonen. Von einem Teile der Besucher wurde während der Aufführung fortwährend gelärm und gespißt, auch Slinkbombe und sauteier wurden geworfen. Nach dem zweiten Akt erhob der Direktor Kronacher, er werde von seinem Haussrechte Gebrauch machen, wenn die Kundgebungen nicht aufhören. Daraus trat allmählich Ruhe ein, so daß die dritte Aft ohne Zwischenfälle gespielt werden konnte. Die Kundgebungen sollten offenbar dem Dringlichkeitsantrag der sozialistischen Fraktion an die Stadtverordnetenversammlung, das Stück vom Spielplan abzuziehen, Nachdruck verleihen. Der Dringlichkeitsantrag kam jedoch in der vorzeitig abgebrochenen Stadtverordnetensitzung nicht mehr zur Verhandlung und steht am Freitag auf der Tagesordnung.

**1. Bezirkshaushaltung.** In der am Dienstag abgehaltenen Sitzung des Bezirkshaushaltung wurde mitgeteilt, daß die Zahl der Arbeitslosen im Bezirk Leipzig vom 1. Februar bis zum 15. Februar um 214 auf 7288 Erwerbslose zurückgegangen ist. Die Kontrolle der Erwerbslosen in der Amtshauptmannschaft soll infolge einer Erleichterung für die Arbeitslosen erfahren, als diese sich jetzt nur einmal innerhalb 14 Tagen beim Arbeitsnachweis zu melden brauchen. Am weiteren befiehlt sich der Bezirkshaushalt mit einer Anzahl Darlehnsgeuchen von Gemeinden. Engelsdorf willst 18.375 Mark, Liebertwolkwitz 25.000 Mark, Lindenwald 20.000 Mark, Oehringen-Marienberg 57.600 Mark und ein weiteres Darlehen von 25.000 Mark, die sämtlich genehmigt wurden. — In verschiedenen Bezirken ist die Frage der Einrichtung von Schulabschlußlinien behandelt worden. Die Frage, ob die Einrichtung einer solchen Klinik auch für den Bezirk der Amtshauptmannschaft notwendig ist, hat der gehobte ärztliche Sachverständige verneint. Dagegen wurde die Einrichtung einer Bezirksschulärzterei beschlossen. Es handelt sich dabei um eine Auskunftsstelle von Bildern, die in der Schule als Lehrmittel gebraucht werden.

**2. Verkehrschilderträten an der Reichsbank.** Zur Zeitung der Fahrbahn sind an verschiedenen Plätzen der Stadt Verkehrsleitbretter angebracht, die sich für die Regelung des Verkehrs besonders eignen. In vielen Großstädten verwendet man im Verkehr auch log. Schilderträten, die abends elektrisch beleuchtet werden, um den Fahrzeugführern kenntlich zu sein. Der Interessenverband Deutscher Kraftfahrer hat der Verkehrsabteilung des Leipziger Polizeipräsidiums jetzt drei Verkehrschilderträten — die infolge ihrer Unschlagbarkeit in Leipzig noch nicht ausprobiert wurden — unentgeltlich zur Verfügung gestellt. Zwei dieser neuen Verkehrschilderträten werden in diesen Tagen am Eingang der Peters- und der Markgrafenstraße aufgestellt, die dritte findet Ecke Schulstraße und Dittigkiring Rüsselstellung. Die an der Reichs-

## Um den Rundfunk

Dresden, 25. Februar.

Der Dresdner Sender feierte Anfang dieser Woche den ersten Jahrestag seines Bestehens. Ein besonderes Festprogramm machte dieses Ereignis den angeschlossenen Rundfunkhörern fühlbar. Also ein Teil des Reichs, wie ja überhaupt das Reich des Rundfunks „ganz Ohr“ ist. Um aber auch Aug’ um Aug’ der Öffentlichkeit gegenüberzutreten, hatte die Mitteldeutsche Rundfunk-A.G. die „Mittag“ die Vertreter der Presse zu einer Besichtigung ihrer Dresdner Senderanlagen eingeladen.

Der Besichtigung ging die Vorführung eines Migräufilms in den U.L.-Kinotheatern voraus, der den Zweck verfolgt, eben eine stützende Brücke zu schlagen zwischen dem Publikum und denen vom Rundfunk. Gemeinten an dem bescheidenen Brod, wird der kurze Film diesen Ansprüchen auch in etwa gerecht, wenn es natürlich auch ganz ausgeschlossen ist, daß er etwa in die technischen Geheimnisse des Rundfunks tiefer einführt. Alles darf man vom Film nicht erwarten, zumindest in diesen Dingen, die in ihrer Technik einem unglaublich schnellen Wandel zu immer größerem Fortschritt unterworfen sind. Es wird also wenigstens ein äußerer Konnex geschaffen. Der Film zeigt die mitteldeutschen Sendestellen, d. h. Leipzig und seine Trabanten: Dresden, Chemnitz, Jena, Wittenberg und Erfurt. Auch einige der bedeutendsten Künstler des mitteldeutschen Rundfunks stellen sich im Film in corpore vor. Horst v. Tschirnich sprach einen von Georg Gregor verfaßten Prolog zu diesem Film.

Im Anschluß davon wurde ein Rundgang durch die technischen Anlagen des Dresdner Senders angestrebt. Die eigentliche Sendeanlage befindet sich tatsächlich im 4. Stock des Neuen Rathauses, wo sich die Sendeanlage vom Rathaussturm zum Kreuzkirchturm hinüberspannt. Der Beobachtungsraum dagegen mit den zugehörigen Verstärkermaschinen befindet sich im ehemaligen Hotel „Reichspost“ auf der Großen Zwingerstraße. Das wunderbare Instrument ist hier sicherlich das Mikrofon, jener bescheidene Reisepfeil, der in einem Stoß hängt, und der das schwere Amt der Umwandlung der akustischen in elektrische Wellen zu bejorgen hat. Dieses Mikrofon ist übrigens in leichter Zeit ganz herausragend vervollkommen worden. Die Befüllung vieler Mängel, über die anfangs oft klagen laut wurden, geht auf die Fortschritte dieser deutschen Mikrophontechnik zurück.

Der Direktor der Mirog Dr. Erwin Jäger gab hier einen lehrreichen Überblick über die Entwicklung des Rundfunks. Er wies hin auf den Beginn der Übermittlung wichtiger Handelsnachrichten nach dem Kriege. Die Reichspost, deren Monopol die Nachrichtenübermittlung ist, mußte zwangsweise aus technischen Gründen auch das Gebiet der Unterhaltung und Beliebung übernehmen, für das sich alsdann eine Anzahl von Sendegesellschaften bildeten. Die kulturelle Dezentralisation in Deutschland zwang dazu in den einzelnen neuen Sendekreisen, die sich über das Reich verteilen, an bedeutamen Kulturstellen besondere Versprechungsstellen einzurichten, die mit dem jeweiligen Hauptsender technisch verbunden sind. Dresden hat darüber hinaus seinen eigenen Sender erhalten, um den Empfang mit dem billigeren Detektivgerät zu ermöglichen. Deutschland steht durch internationale Abmachungen nur zwangsläufig Wettbewerben zu. Eine Vermehrung der Sender ist daher bei dem jetzigen Stand der Technik unmöglich. Allerdings strebt die ganze technische Entwicklung des Rundfunks zur Zentralisation. — Der maßgebliche Vertreter der Dresdner Sendestelle Theodor Blumer sowie Regierungsrat Carl Blumau gaben alsdann kurze Überblick über ihre Arbeitsfelder und dessen Schwierigkeiten, die beim Rundfunk eigener Art sind und auch beim Publikum anerkannt werden müßten. Sie liegen einmal in der Programmgestaltung, die natürlich bei 100.000 Hören nicht allen recht gemacht werden kann; ferner in der Eigenart der Tätigkeit des Rundfunkspielstellers, der ja nur auf das Ohr des Hörers eingestellt sein muß. Jedenfalls darf der Öffentlichkeit wissen, daß man auch beim Dresdner Sender allen berechtigten Wünschen Rechnung trägt.

Bei einem anschließenden Beisammensein wies Dr. Jäger auf die große kulturelle Bedeutung des Rundfunks hin, der dem ganzen deutschen Volke, vor allem auch jenseits der Landesgrenzen, das reiche deutsche Kulturgut näherbringen müsse. Es könne unter diesen Umständen auch nicht ausbleiben, daß man an den Rundfunkhören größere Anforderungen stellen müsse. Das habe keinen Grund darin, daß mit den geistigen Hochleistungen unseres Volkes das allgemeine Bildungsziel nicht gleichermaßen gehalten habe. Man wird Dr. Jäger sicher gern darin reich geben, daß der Rundfunk in dieser Hinsicht eine grobe erzieherische Aufgabe zu erfüllen hat.

bank und am Königsplatz befindlichen Verkehrsposten werden abends nunmehr auch durch Scheinwerferlampen beleuchtet.

**1. Karbidexplosion in der Aschegrube.** Ein eigenartiger Unglücksfall ereignete sich gestern nachmittag im Hof eines Hauses im Vorort Anger. Die Aufwartesfrau des Hausbesitzers hatte glühende Asche in die Aschegrube geworfen. Blödig entstand eine Explosion, durch die der eiserne Deckel der Aschegrube in den Hof geschleudert wurde. Durch den Aufprall zerbrachen zahlreiche Fensterscheiben. Die Aufwartesfrau wurde schwer verletzt und mußte ins Krankenhaus transportiert werden. Aufgehend haben in der Aschegrube Karbidabfälle gelagert, die durch die glühende Asche zur Explosion gebracht wurden.

**2. Starker Besuch aus England.** Nach einem heute beim Leipziger Michrome eingegangenen Telegramm seiner Londoner Geschäftsstelle haben sich dort bereits über 800 englische Einhäuser für den Besuch der Leipziger Frühjahrsmesse angemeldet.

### Aus Sachsen

Dresden, 25. Februar. (Aus der Stadtverordnetensitzung.) In einer Klagesache zwischen Pfarrlein und Stadtgemeinde in wegen Verpflichtungen aus alten Verträgen hatte die Stadt gegen das einstinstanzliche Urteil Berufung eingelegt. In der letzten Stadtverordnetensitzung wurde mitgeteilt, daß in dieser Angelegenheit der Stadt bis jetzt ungefähr 5000 Mark Gerichts- und Anwaltskosten entstanden sind, die sich bei Weiterleitung des Prozesses an die Revisionsinstanz noch um 6000 Mark erhöhen würden. Falls die Soche sogar vor das Reichsgericht käme und das Urteil zugunsten der Stadt ausfallen würde, dürften die Kosten auf 15.000 Mark ansteigen. Die Stadtverordneten haben deshalb beschlossen, den Rat zu verlassen, den Prozeß nicht weiter zu führen.

**1. Chemnitz, 25. Februar. (Diebstahl von Rohwolle.)** Die Kriminalabteilung teilt mit: In Birkhardsdorf i. E. sind in der Nacht zum 22. Februar aus einer Strickwarenfabrik mittels Einbruchs gestohlen worden: 14 Pakete à 10 Pfund Rohwolle 482 fach. Vor Anhöre wird gewarnt. Sachdenkliche Mitteilungen werden an die Kriminalabteilung Chemnitz, Gruppe 6, Zimmer 212, oder an die nächstgelegene Gendarmeriestation erbeten.

**2. Chemnitz, 25. Februar. (Mauüberfall in Rückwald.)** Von der Kriminalabteilung wird berichtet: Am Sonntag, den 20. Februar, gegen 11.20 Uhr abends ist ein heftiger Einwohner auf einem Waldweg von der Schantwirtschaft „Rückwaldschänke“ nach dem Leipziger Platz zu, in der Nähe des Rückwalder Berges, von zwei unbekannten Jüngern Burschen überfallen und dabei seiner Jacke mit 8 RM. Inhalt beraubt worden. Die Täter haben den Bestohlenen mit den Händen geschlagen und zu Boden geworfen, wobei der Bestohlene um Hilfe gerufen hat. Von den Tätern kann nur gesagt werden, daß sie etwa 17 bis 20 Jahre alt, 1,65 Meter groß und mit Jackettanzügen und tief im Gesicht liegenden Sportanzügen bekleidet gewesen sind. Der eine Täter habe ein Halstuch umgehängt.

**3. Hohenstein-Ernstthal, 25. Februar. (Anschluß an das Gaswerk.)** Die Nachbargemeinde Oberlungwitz hat die Bauarbeiten zum Anschluß an das hiesige Gaswerk wieder aufgenommen. Am hiesigen Gaswerk wird ein neuer Gasometer zur Fassung von 8000 Kubikmeter erbaut durch eine Berliner Firma. Der Bau, der gegen 130.000 Mark kosten wird, geht bald der Vollendung entgegen. Die Leitung nach Oberlungwitz von dem Gaswerk ist bereits im vorigen Jahre eingeleitet.

**4. Limbach, 25. Februar. (Keine Herausgabe der Vergründungsfeste.)** Die Stadtverordneten haben die Herausgabe der Vergründungsfeste vorläufig abgelehnt. Der Antrag der Erwerbslosen, zwei Vertreter mit deratlicher Stimme in den Fürsorgeausschuß einzuziehen, verlor der Ablehnung. Das gleiche geschah mit zwei kommunistischen Antreten: 1. Aufhebung der Polizeiverordnung über Anmeldepflicht von Umzügen, 2. Aufhebung des Beschlusses des Wohnungsausschusses auf Einführung des Karolinensteins bei der Zuweisung von Wohnungen betreffend.

**5. Philippsthal, 25. Februar. (Ein kunstvolles Kastensgeschent für die Philippsthaler Wallfahrtskirche.)** Herr Dekan Stephan Krause in Kriesdorf (Böhmen) hat dem alten Bildhauer Demetz (Begründer der Bildhauerwerkstatt in St. Ulrich (Gröden, Südtirol), ein Kreuz mit dem sterbenden Heiland anfertigen lassen, welches als ein Meisterwerk des genannten Künstlers bezeichnet werden muß. Und dieses kunstvolle Kreuz hat der Herr Dekan der Wallfahrtskirche in Philippsthal geschenkt, wo dasselbe bei der Ecke zum Musikhof angebracht wurde. Der Kreuz Christi am Kreuze ist überlebensgroß, von massivem Nussbaumholz und dunkel poliert. Die Gesichtszüge des mit dem

Tode ringenden Erlösers, die durch einen elektrischen Scheinwerfer beleuchtet werden, üben auf die Besucher einen tiefen Eindruck aus.

### Alte sächsische Nachrichten

Finanzminister Dr. Dehne hat sich gestern in Begleitung des Geheimräte Dr. Hedrich und Vorz. zur Konferenz der Finanzminister der Länder nach Berlin begeben. Ministerpräsident Held wird in Begleitung des Geh. Rats Dr. Alten vom Wirtschaftsministerium am Dienstag, den 2. März, zum Besuch der Messe sich nach Leipzig begeben.

### Aus der Laufbahn

**1. Reichenau.** Ein Bettler stahl aus dem Wartezimmer der Firma Karl Lindemann einen guten Überzieher nebst Hut. Als Fahrt ließ er seine alten abgetragenen Sachen zurück.

**2. Oschatz.** Ein unbedeutender Frühlingsschöpfer wurde dieser Tage in Gestalt einer Kreuzotter am Hochwald gefunden. Das Tier wurde getötet.

**3. Großhennersdorf.** 8000 Mark Großhessengelder hat hier der Kassierer Helmut Kutschke unterschlagen, worauf er die Flucht ergriff. Bei der bald erfolgten Verhaftung in Böhmen fand man bei ihm noch 5800 Mark.

**4. Neugersdorf.** Der Lichtmonteur Abicht aus Neugersdorf wurde nachts gegen 1 Uhr auf dem Heinrichsweg vom Kassierer der Lichtrechnungen von zwei Burschen überfallen. Sie braubten vor dem Jahresende und etwa 200 Kronen. Mit dem Revolver hielten sie den Überfallen in Schach, worauf sie ihn von hinten einen Kopfschlag versetzten, daß er bewußtlos zu Boden stürzte.

**5. Schlema a. d. Spree.** Auf dem Fabrikgelände der Firma C. A. Hentschel, Wundweberi, ist eine Tiefbohrung mit einer stündlichen Wasserförderung von 20.000 bis 30.000 Liter bei 25 Meter Tiefe an in festem Granitgestein.

**6. Bautzen.** Im Bezirkslehrverein Bautzen (S. L. B.) gehen gegenwärtig die Bogen hoch. Im Januar wurde mit 53 gegen 47 Stimmen der Beitritt zum Allgemeinen Schulverein (Weltliche Schule) beschlossen. Am 20. Februar wurde darüber in stürmischer Versammlung erneut verhandelt, wobei über den strittigen Punkt wohl viermal abgestimmt wurde. Zum Schluss wurde mit Stimmengleichheit eine weitere Behandlung und Rücknahme des Beitrittsbeschlusses abgelehnt. Damit dürfte die Schule aber nicht hergestellt sein. Weitere Stürme sind zu erwarten. Interessant ist es, daß namhafte Vertreter des Südsächsischen Lehrervereins den Kampf um die Weltliche Schule als einen Kampf auf verlorenem Posten bezeichneten. Trotzdem bleibe das Ideal des Südsächsischen Lehrervereins die weltliche Schule, der Weg dahin müsse aber über die Gemeinschaftsschule gehen. Immerhin interessant ist auch das Eingeständnis, daß für die weltliche Schule im Volke kein Boden sei, falls man, wenn man Religionsunterricht erfordert, diesen nach den Grundzügen der Religionsgemeinschaft zu erteilen habe und daß man der Religionsgemeinschaft ein Mitschriftrecht über den Religionsunterricht logischerweise einräumen müsse. (Die Logik kommt reichlich spät.) — Die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger erhöhte sich in der 1. Februarhälfte im Reg. Bezirk Bautzen um 3337 auf 20.186. Nach Abschluß der 2. Februarhälfte waren 10.200 Erwerbstiere.

**7. Schlemau.** Eine selige Taufe fand in Königswalde statt, indem alle vier Umgroßmutter bzw. Umgroßvater Platz standen. Gemeinde- und Vereinswesen

**8. Radeberg.** Der Jugendverein hielt am Dienstag noch längere Pause wiederum eine Versammlung ab, an der sich auch ältere Gemeindemitglieder in erfreulich großer Anzahl beteiligten. Generalsekretär Dr. Dechant Dresden sprach über „Religion und Politik“. Er gab eine Übersicht über die Einstellungen, die heute bei den verschiedenen Gruppen und Parteien zu diesem Problem vorhanden sind und zeigte, wie diese verschiedenen Einstellungen im Laufe der geschilderten Entwicklung entstanden sind. — In der sehr lebhaften und ergiebigen Aussprache, in der u. a. Pfarrer Schornack und Dekan Böhmer das Wort ergriffen, wurden eine Anzahl aktueller Probleme, so die Tätigkeit der „proletarischen Friedensker“ des „Jungdeutschen Ordens“ und der „Eisernen Bibelforscher“ erörtert.

Hauptberichterstattung: Dr. Joseph Albert (s. d. Bericht). Verantwortlich für Politik und Kultur: i. R. Max Domke; für Sozialpolitik, Reichs- und Landesangelegenheiten: Max Domke; für den politischen Nachschlag: Heinrich Ziegler; für Geschichte: Robert Billmann; für Landwirtschaftliche Beilage: Robert Billmann, Erfurt.

Für die wohltuenden Beweise der Liebe und Verehrung, die uns beim Hinscheiden unseres guten Vaters  
**Eduard Heidrich**  
 von vielen Seiten in so reichem Maße durch Wort, Schrift und Blumenspenden zuteil geworden sind, sagen wir allen  
**innigen, herzlichen Dank.**  
 Studienrat Prof. Joh. Heidrich im Namen der Hinterbliebenen.  
 Bautzen, den 24. Februar 1926.

Bon dem  
**Festenhirtenschreiben**  
 der Diözese Meißen  
 haben wir eine Anzahl  
**Sonderdrucke**  
 hergestellt. Wir bitten die  
 Pfarrämter um Aufgabe von  
**Bestellungen**

Preis: 100 Stück M. 1.—  
 zugleich Porto  
**Sagonia-Buchdruckerei G. m. b. H.**  
 Dresden-A. 16, Holbeinstraße 46



**Bürsten - Besen - Pinsel**  
**Kämme - Seilerwaren**  
 B. Röcker, Dresden-A., Theaterstraße 6  
 Gegründet 1892 Eigene Fabrikation

**Achtung!**

Die kluge Frau spart beim Einkauf. Sie bekommt für wenig Geld das Beste in Qualität, Verarbeitung u. Sitz.

Einige Beispiele:

**Popeline-Kleid**, Größe 44, in verschiedenfarbigen Farben aus reiner Wolle, modernst. Verarbeitung, lang. Ärmeln . . . . . **16 75**

**Wollribs-Kleid**, Größe 44, in marine, braun und lavendel in modernster Verarbeitung mit langen Ärmeln . . . . . **23 50**

**Samt-Kleid**, Größe 42, aus tiefschwarzem besten Material, neueste Form, kurze Ärmel . . . . . **24 75**

**Jumper-Kleid für Mädchen**, Größe 38-42, herrliche reine Wollschotten in modernster Farbenstellung . . . . . **10 90**

Auf Wunsch wird auch nach eingesandtem Maße angefertigt. Mit Stoffproben stehe ich gerne zur Verfügung. Umtausch nach Möglichkeit gestattet.

**Versand nur gegen Nachnahme!**

**Wiener Blusen- und Kleiderfabrikation**  
**Plauen - Krausenstraße 17 - Ruf 1417**

**A. Mähler, Damenschneiderin**  
**Dresden, Borsbergstraße 14 b, Erdg.**  
 empiehlt sich zur Anfertigung eleganter und einfacher Damen- und Kinder-Garderobe zu billigen Preisen

**Frau Lina Jähnes**  
**Maß-Korsett-Atelier**  
 Dresden, Ludwig-Richter-Straße 15 — Fernsprecher 34811 —

**Holz-, Kohlen-, Koks- und Brikett-Handlung**  
 en gros — en detail  
**Josef Pfeil, Dresden-A.**  
 Kügelgenstraße, Ecke Carlowitzstraße 31  
 Bestell-Kontor: Mosenstraße 8, pl.

Suche für meine Tochter, 19 Jahre alt, dunkelblond, von angenehmem Aussehen, passende Bekanntschaft mit soliderm Katholiken zuwohl späterer

**Verheiratung.**

Angebote möglichst mit Bild erbeten unter **E 100**  
**Freital-P. postlagernd.**

Junger Mann von 23 Jahren, Kathol., sucht nettes junges Mädchen von 18-20 Jahren zuwohl späterer **Hofrat.**  
 Angebote mit Bild erbeten unter **D K 113** an die Geschäftsstelle der Sächsischen Wollgesellschaft.

Gutsbesitzerstochter, 19 Jahre, sucht Stellung zum 1. April als **Hausfrau** auf größerem Gut oder Rittergut, wo ihr Gelegenheit geboten wird, sich in allen Zweigen der Landwirtschaft weiter auszubilden. Nähe Dresden bevorzugt. Familiennaheliche Bedingung.

Angebote erbeten unter **D L 114** an die Geschäftsstelle der Sächsischen Wollgesellschaft.

Wen's niemand macht

**Oswald Macht**

**Möbel** aller Art

Schlafzimmer  
 Herren- und Spiegelzimmer  
 Chaiselongues, Sofas

**Küchen**

Große Auswahl, Bill. Preise  
 Glänzende Zahlungsweise

**Möbel-Machts**

Dresden, Kaulbachstr. 31  
 Ecke Pillnitzer Straße

**Büsten - Besen**  
**Pinsel - Kämme**  
 Korb- und Seilerwaren

**J. Räppel**  
 Dresden, Obergabern 3  
 Kammerstraße 22  
 Ammonstraße 27

**Hultsch**  
**Nährzwieback**

Für Kinder und  
 Kranke ärztlich  
 empfohlen. Zum  
 Kaffee, Kakao,  
 Tee, zur Milch  
 ein vorzügliches  
 Gebäck.

Überall  
 erhältlich.

**Dresdner Theater**

**Opernhaus**

Freitag  
 5. Sisonnekonzer (1/8)  
 Reihe B  
 Donnerstag, Hauptprobe (1/12)

Sonnabend

Die Bohème (1/8)  
 Mittwoch: Lotte Schöne o. G.  
 Donnerstag: Käthchen

Sonnabend  
 Lady Fanny und die Dienstbotenfrage (1/8)  
 Donnerstag: 8 Uhr  
 und 18 Uhr —

Sonnabend  
 Central-Theater  
 Täglich 8 Uhr  
 „Urschi“

Gästspiel der Jean-Gibert-Tournee

Cymanns Olympia-Theater  
 Mittwoch 8 Uhr  
 Tegernseer

Der Heiratszylinder  
 Die Rosenknöpf

Theater am Wallplatz  
 Heute und folgende Tag  
 Mein Vetter Edward (8)

Beginn-Palast  
 Täglich 1/2 Uhr  
 Das große Programm

Täglich 4-Uhr-Tee  
 Bei freiem Eintritt



**Der Katholische kaufmännische Verein „Columbus“ Dresden  
 empfiehlt aus den Reihen seiner Mitglieder  
 nachstehende preiswerte und reelle Bezugsquellen:**



**Bücher und Schreibwaren**

**Paul Beck**, Schloßstraße 5

**Confitüren**

**Emil Hanisch**, Pillnitz, Schloß  
 Telefon Pillnitz 106

**Dekorationsmaler**

**Penzel & Lämmel**, Gerokstraße 31  
 Tel. 31987

**Eisenwaren, Haushalt**

**C. Angelé**, Grunaer Straße 10  
 Tel. 13757

**Fischwaren u. Konserve**

**Joh. Figelius**, Borsbergstraße 24  
 Tel. 31650

**Haarverfärbungsmittel**

„Walküre“ Hellmittel gegen Schuppen und  
 graues Haar

**Fritz Fleck**, Kötzitz b. Coswig i. Sa.

**Handschuhe, Kravatten, Strümpfe**

**Jul. Wohlau**, Altmarkt 8, Hauptstraße 4  
 Tel. 11193

**Fußbodenbelag** (Trottoir Linoleum)

**Korb & Co.**, Frauenstraße 2a (neben Plau)  
 (Inh. P. Korb) Tel. 20839

**Teppiche, Möbelstoffe**

Läufer, Diwan- und Tischdecken  
**Korb & Co.**, Frauenstraße 2a (neben Plau)  
 (Inh. P. Korb) Tel. 20830

**Manufakturwaren**

**Ernst Venus**, Inh. Ochmann, Ammonstraße 28  
 Tel. 11081

**Pianos** (Kauf und Miete)

**Johann Urbas**, Freiberger Straße 75  
 (Inh. Felix Urbas) Tel. 17201

**Postkarten, Schreibwaren**

**Clemens Schiller**, Prager Straße

**Sekt und Weine**

**Graf von Zedtwitz-Liebenstein**  
 Lützschenastraße 1, Tel. 16606

**Schreibmaschinen u. Rep.**

**Kurt Wache**, Königsbrücker Straße  
 Tel. 28065

**Spitzen, Stickereien, Webw.**

Leibwäsche, Bettwäsche, Oberhemden  
**L. Dahlmann**, Ferdinandstraße 7  
 Tel. 14049

**Waschanstalt**

**Dampfwäscherei Edelweiß**  
 (Inh. Ph. Stolte) Großenhainer Str. 140  
 Tel. 23687

**Wochen-Programm des R. R. B.**

**Donnerstag den 25. Februar  
 Geschäfts-Sitzung**

Ecke Margaretenstr. **Eduard Geiger, Am See** (Nähe Postplatz)  
 Fachgeschäft für Wasch-, Wring-, Mangel-Maschinen, Bade-Apparate

Fernsprech-Sammelnummer 13328

**Schirme und Stöcke**

**J. G. Gaßmann**, Inhaber J. H. Leopold  
 Dresden-A., Amalienstraße 3  
 Dresden-N., im Rathaus  
 und Erfurt, Schlösserstraße 41

**Hüte und Mützen**

Leipzig, Kurprinzipalstraße 7  
 Erfurt, Langebrücke 65  
 und Berlin, Schloßstraße 41

**Herren-Schneiderei**

**Ludwig Hengehold**, Seestra., Ecke Ringstr.  
 Tel. 21431

**Hotels**

**Schloss Hotel**, am Hauptbahnhof  
 Tel. 18525

**Juwelier**

**Theod. Scholze**, Schloßstraße 8b  
 Tel. 18178

**Näse- und Butterhandlung**

**P. Bernet**, Inh. Karl Hollas u. Franz Trümper,  
 Größtes Butter- und Käse-Spezial-Geschäft  
 am Platz, Webergasse 12, Telefon 21845